

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 27. April 1920

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf. die längste Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reichweitenanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 45

### Weiteres zur Situation

XV.

#### Prinzipielles zum Fall Bremen

Unsre Verbandsleitung appellierte nach dem Scheitern der Verhandlungen des Tarifauschusses und Annahme des Schiedspruches (Reichsarbeitsministerium) durch die gesamte Gehilfenvertretung wie die bis dahin stattgehabten Versammlungen an den Kreisvororten unterm 8. März (siehe „Korr.“ Nr. 29) an die Kollegenschaft:

Notwendig ist aber in erster Linie, daß strenge Disziplin gewahrt wird und genaue Beachtung aller im Interesse der Erreichung dieses Zieles erlassenen Anordnungen erfolgt.

Es wurden Direktiven daran angeschlossen, u. a. sollte in den Fällen, wo die Lohnzahlung nach den Festsetzungen des Schiedspruches verweigert wird, der Lohn mit Vorbehalt angenommen werden, ohne daß weitere Schritte unternommen würden. Bekanntlich war die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches beim Reichsarbeitsministerium gegenseitig beantragt worden. Das Bestreben ging dahin, die Prinzipalität moralisch in das Unrecht zu versetzen, die sich in einer ihrer kostvollsten Eingebungen auf einem toten Oble festgefahren hatte. Andererseits mußte die Gehilfenpartei, weil von ihr der Schiedspruch herbeigeführt worden war, dem die gelegliche Verbindlichkeitsklärung ebenfalls auf ihren Antrag hin folgen sollte, die Respektierung des Schiedspruches unbedingt erst einmal auf ihrer Seite durchsetzen. Mit keinen anknüpfenden Sätzen von 2 und 24 und 40 Proz. Erhöhung konnte er sich befriedigend keine Begleitungsstürme entfallen. Wir sind ebenfalls für den Weg des Schiedspruches gewesen, obwohl uns Fälle genug bekannt waren, daß die Ertragsfähigkeit eines Gewerbes dabei eine größere Rolle spielte als die Berechtigung der Arbeiterforderungen. Was dann ja bei unsern Verhandlungen an amtlicher Stelle und bei Rückfragen ebenda eine für uns nicht hoffnungseligende Wahrnehmung werden sollte. Mit Ausnahme von kaum einem halben Dutzend Mitgliedern wurde der von der Gehilfenvertretung eingenommene Standpunkt allgemein geteilt. Die ruhige Erwägung, nicht der Herauslockung von der andern Seite zu folgen, drang fast ausschließlich auf durch. In den beiden größten und auch in der Steuerung scharf konkurrierenden Druckstädten Berlin und Leipzig war die Kollegenschaft einander wieder nähergekommen; jede Richtung hatte ihre Bedenken gegen die von der Prinzipalität betriebene gewalttätige Ausstrahlung des Interessenkampfes. Der Knapp-Rüttwig-Pulsch ließ uns dann die Partik gewinnen und die Prinzipale den Schiedspruch anerkennen.

Wie liegen nun die Dinge im Falle Bremen, dem schwersten und langwierigsten (10. März bis 15. April) brüchigen Konflikt seit dem Jahre 1917? Haben dafür die in den Anz. 42 und 44 erörterten besonderen Verhältnisse vorgelegen? Sind die in der vorigen Nummer angeführten Abkommen mit der Prinzipalität, Stellungnahmen des Verbandsvorstandes und der Gewerkschaftskonferenz und bestehenden Anordnungen für die Redaktion von der Bremer Kollegenschaft beachtet worden? Hat man nach den in dem vorausgehenden Absatz erwähnten Direktiven und Aufrufen der Verbandsleitung gehandelt? Auf alle diese schwerwiegenden Fragen gibt es nur ein klares Nein.

Die Berufung auf einen etwa in Höhe der Kampfforderung schon gestellten Antrag an den Tarifauschuss ist nicht stichhaltig, denn wenn jeder Druckort die von ihm aufgestellte Forderung als die Ultima ratio ansehen wollte, dann brauchte nicht zentral verhandelt zu werden, sondern es hieße nur: Entweder bewilligen oder Streik! Und warum dann oftmals? Es würde solche Abweichungen in den brüchigen Forderungen geben, daß die Prinzipale von der geistigen Verfassung der Gehilfen keine hebe Meinung haben könnten. Man kennt das ja von den Anträgen. Eine Solidarität dem Ganzen gegenüber gäbe es nicht mehr. Die schwächeren Orte oder sogar große Mitgliedschaften, wo der Druck für den Tagesgebrauch an letzter Stelle steht, wären dann einfach ihrem Schicksal

überlassen, und die Prinzipalität, die in der Provinz jetzt wieder sehr rebellisch ist, hätte leichteres Spiel. Wir hätten dadurch wieder da, wo wir bis 1872 waren, bis darauf der glanzvolle Kampf der Gehilfenchaft im Jahre 1873 um zentrale Festsetzungen aus aus dem lokalen Sägen und Würgen herausführte. Auch die Berufung auf die höhere Bezahlung anderer Arbeiter am Ort ist nicht stichhaltig, weil mit diesem Argument wohl von jeder Mitgliedschaft operiert und draußlos geschlagen werden könnte. Wenn es einfach danach gehen soll, dann müßten ja die „Verbandsbonzen“ auch mit ganz kurzfristigem Ultimatum in den Kampf ziehen, denn ihnen sind ebenfalls andre Arbeiterkategorien über, größtenteils sogar beträchtlich, und selbst von den eignen Mitgliedern würden viele nicht mit ihrem Einkommen tauschen, zumal die Arbeitszeit für die Organisationsbeamten vielfach ein ganz Teil länger ist. Die höchsten Unternehmerprostitute wie die höchsten Arbeiterlöhne sind für die allgemeine Preisgestaltung keineswegs von Vorteil. Das ist auch in Artikelensendungen an den „Korr.“ jetzt mehrfach zum Ausdruck gekommen. Daß man von einem sogenannten Darlehen (300 Mh.) bei den Prinzipalen in Bremen noch Raten von 6 bis 10 Mh. zu erfüllen hatte, ist wohl eine Erleichterung der Lage, aber wir haben schon früher von solchen Vorstößen und Vorausbewilligungen abgesehen, weil bei dem nachherigen Abgehen das Ende davon immer zu dick kommt.

In Bremen hat man zweifellos nicht das Ganze gesehen. In den hochgehenden Wogen der letzten Wochen ragte es aus dem Verbandstütere wie eine kleine Mittelrepublik hervor.

Die Prinzipale aber haben mit ihrer Ablehnung des Schiedspruches untreulich den Bremer Kollegen erst das Stichwort gegeben. Das wurde in einer Erklärung der Streikleitung ganz zweifelsfrei zum Ausdruck gebracht. Es ist aber trotzdem nicht logisch, wenn man erklärt, man mache nur von demselben Rechte Gebrauch wie die Arbeitgeber vordem, d. h. Ablehnung des Schiedspruches. Unsre Meinung ist, man kann nicht etwas tun, was man kurz vordem selbst scharf an andern verurteilt hat. Wenn in einem uns am 24. März zugegangenen Artikel, auf dessen kritischeren Teil wir erst jetzt nach dem Kampf eingehen, weil wir nicht während desselben mit den Bremer Kollegen darüber rechten wollten, gesagt wird, die dortigen Prinzipale hätten mit einer Lohnerböhung von mindestens 50 Proz. geredet bei den Berliner Verhandlungen im Februar, so zeigt sich unsre neue Bezirksleitung mit dieser Anführung von einer Naivität, die zu ihrer sonst zur Schau getragenen Überlegenheit gar nicht harmonisiert. Das ist auch von anderswo schon so oft versichert worden, daß die Gehilfenführer direkt von einem Schwindelmandver aus Prinzipalschreien sprechen, denn sie erfahren bei den Verhandlungen immer das genaue Gegenteil und erleben auch aus der „Zeitschrift“ durchweg den gegensätzlichen Standpunkt. Also mit dieser Berufung ist es auch nichts. Wenn sich die Bremer Kollegenschaft jedoch auf den Standpunkt stelle, den Schiedspruch einmütig ablehnen zu müssen, weil er den heutigen Preisverhältnissen in keiner Weise Rechnung trage, so hätte diese letzte Erwägung ja die gesamte Kollegenschaft das auch tun lassen können, wenn man nicht weiter gesehen hätte, die stärker anschwellende Zahl der Arbeitslosen nicht usw. Der Schiedspruch ist aber aus tatsächlichen Gründen fast überall von der Gehilfenchaft angenommen worden. Namentlich die beiden größten Mitgliedschaften Berlin und Leipzig mit ihren Bremen beträchtlich überbietenden Steuerungsverhältnissen sind trotz ihrer oppositionellen Zusammenlegung ohne Schwierigkeiten zur Anerkennung des Schiedspruches gekommen.

In Nr. 34 ist ein Verzicht aus Bremen enthalten, der belang, wie alles kam. Der alte Vorstand und der Gewerkschaftsvorsteher wollten kein brüchiges Vorgehen, aber ein rabulischer Redner vermachte den andern Standpunkt mit einer Mehrheit von nur 31 Stimmen durchzubrühen. Es wurde dann sogar von einer Dreiviertelmehrheit Abstand genommen und das Ultimatum abgehört. Der bisherige Vorstand trat darauf zurück. Was in solchen Situationen oder heute

zufolge auch sonst an das Ruder kommt, ist die scharfe oder schärfste Achtung. In dem uns überlieferten Artikel kann man das in überheblichen, der gewerkschaftlichen Logik aber recht entbehrenden Sätzen finden, wie: „Man ging herbei besonders von der Erkenntnis aus, daß ein Erfolg der Bremer Kollegen Anlass zu einer allgemeinen Lohnregulierung für das ganze Reich geben würde“; oder: „Die Bremer Kollegen sind sich der großen Verantwortung, die sie in diesem Kampfe gegenüber der Kollegenschaft im ganzen Reich zu tragen haben, voll bewußt. Wir wissen, daß eine Niederlage unsererseits eine Niederlage der gesamten Lohnbewegung überhaupt sein würde“. Der Artikel schloß: „Unser Kampf ist euer Kampf! Unser Sieg wird euer Sieg sein!“ In Nr. 33 behandelten wir diesen Artikel ausgiebig; unsre Leser wurden also schon in der nächsten Nummer darüber orientiert, was in Bremen vor sich ging. Dieses Abweichen von der dem „Korr.“ durch die Gewerkschaftskonferenz gegenüber wilden Bewegungen angewiesenen Haltung glauben wir verantworten zu können, weil die Prinzipalität mit ihrem Verhalten zum Schiedspruch örtlichen Vorständen Vorstoß geleistet hatte. Die wiedergegebenen Stellen stehen wir jedoch ebenso aus wie die Bitte um Unterstützung, weil darüber gerade erneut in einem Vorstandskircular ein ablehnender Standpunkt begründet worden war. Mit der Bemerkung: „Die Darstellung geht von dem unzutreffenden Standpunkt aus, als ob das, was man in Bremen selbständig unternommen hat, von ausschlaggebender Bedeutung für die Gesamtkollegenschaft sein werde. Das ist jedoch nur von einseitlich und zentral dirigierten Aktionen zu sagen“, sprachen wir prinzipiell gewiß nur das Nötigste aus. Wir referierten dann in Nr. 40 aus eigener Information über die weiteren Vorgänge.

Über den Verlauf des Vorgehens in Bremen und die Begleiterscheinungen dabei auf Gehilfen wie auf Prinzipalsseite können in dieser Nummer keine Ausführungen mehr gemacht werden. Das soll in einem Schlussartikel gesehen, wonach wir jedoch bei weitem nicht so viel Raum gebrauchen wie die „Zeitschrift“ für den Fall Bremen.

### □ □ Zur Tarifauschussung □ □

#### Ein vorläufiger Weg aus der schlimmsten Not

In engem Anschluß an die Anregungen des Kollegen-ff- (sowie des Kollegen A-s) in Nr. 41 des „Korr.“ schlage ich vor, daß im ganzen Tarifgebiete noch vor der nächsten Tarifauschussung (10. Mai) etwa folgender Antrag besprochen und angenommen wird:

Die Tarifgehilfenvertreter der einzelnen Tarifkreise werden verpflichtet, in der nächsten Tarifauschussung dafür einzutreten:

1. daß im Buchdruckgewerbe für alle Ledigen und alle Verheirateten ein Einheitslohn\* geschaffen wird, der nach der Höhe des jeweiligen Existenzminimums zu regulieren ist;
2. daß an Stelle der jetzt eventuell höheren Lohnsätze und der neuen Steuerungsulagen von jedem Unternehmer für jeden arbeitenden Gehilfen ein möglichst hoch tariflich festzusetzender Beitrag (der späterhin auf guter statistischer Grundlage sich genauer berechnen läßt) in lokal einzurichtende Zentralkassen abgeführt wird, aus denen die arbeitslosen, kranken und invaliden Gehilfen (sowie ihnen das Existenzminimum durch staatliche oder sonstige Unterstützung nicht gewährt wird) sowie die zu unterhaltenden Familienangehörigen in der Höhe des Existenzminimums verlorst werden.

Der Einheitslohn dürfte weitgehenden Forderungen der Ledigen genügen, und andererseits würden auch die Angehörigen der Verheirateten auf ihre Rechnung kommen, von den nichtarbeitenden Kollegen gar nicht zu sprechen.

Die statistischen Vorarbeiten können überall sofort begonnen werden; die Zahl und das Alter der Familienangehörigen sind jetzt vom Verbandskaum niemals er-

\* Sollte sich der Widerstand der „qualifizierten“ Kollegen gegen einen Einheitslohn diesmal noch nicht überwinden lassen, so wäre statt dessen ein zweites „Einheitslohnminimum“ zu setzen.

loft. Befreie des Existenzminimums wäre zu verweisen auf die entsprechende Rundschau vom 1. 37 des „Korr.“.

Diese Versorgungsorganisation läßt sich beliebig ausdehnen auf die Hilfsarbeiter, Faktoren usw.

Leipzig. S. Noll.

### Tarifausschub und Saargebiet

Aus der Westseite des Reiches, dem neuen Staatesgebilde an der Saar, richtet die Kollegenschaft ihre Blicke auf der neuen Tarifausführung am 10. Mai. Die Frage bemerkt jeden einzelnen, was wird es Neues geben? In dem Rändchen, das fünfzehn Jahre dem „wohlverordneten“ Völkerverbund unterstellt und von einer fünfjährigen Regierungskommission seit zwei Monaten „legensreich“ verwaltet wird, hat eine Teuerung Unfreu gegriffen, die in einer Art und Weise auftritt, wie sie unsere Kollegen rechts des Rheins nicht annähernd zu vergleichen haben. Den Beweis hierfür ganz aufzuführen, würde Spalten unseres Gewerkschaftsblattes ausfüllen. Die Tatsache, daß das Saargebiet bereits eine Sonderstellung im Tarif eingeräumt erhalten hat, weist auf den Kurs in diesem Rändchen hin.

Man hat in letzter Zeit schon manches Wort zur Tarifausschubung im „Korr.“ gefunden und sogar das offene Bekenntnis abgegeben: Keine Lohnbesserung, sondern billigerer Lebensmittel! Wer könnte diesem allgemeinen Wunsch widerprechen? Es liegt in dieser Forderung eine erlösende Tat, um aus all der Lohnforderungsmilch herauszukommen. Als ein Glied in der gewaltig großen Kette unseres deutschen Vaterlandes sind wir aber allein nicht in der Lage, diese Forderung zur Allgemeinforderung für die gesamte deutsche Arbeitererschaft zu erheben. Wohl hört man viel davon reden, und gar manches Anregende ist in dieser Hinsicht schon laut geworden. Theoretisch ausgemacht, aber praktisch wird nichts vollendet.

Solange das letztere nicht geschieht, sind wir wiederum zur Anwendung unserer alten Methode angewiesen: Gebt Lohn zur Ernährung! Die Schraube wird immer höher gedreht, das wissen wir. Wenn aber auf der einen Seite nichts ertagt wird, dann sind wir zur Lohnforderung gezwungen. Eingengt in die Mitte zwischen zwei Staaten, müssen wir zu allen Waren noch den Zoll bezahlen. Am wenigsten teuer wir unsere Lebensmittel und täglichen Bedarfsartikel hier erstehen müssen, könnte aktienmäßiges Material kraß erbringen. Unter diesen entsetzlichen Verhältnissen hat vor allem der verheiratete und kinderreiche Kollege in bester Form zu leiden, obwohl die alleinstehenden ledigen Kollegen auch nicht zu beneiden sind. Niemand ist in der Lage, neben seiner teuren rationierten Lebensmittelware noch Kleider und Bedarfsartikel anzuschaffen. Sollte sich unter den Geschäften einer oder der andre befinden, der sich das erlauben könnte, so aber nicht vom verdienten Lohn. Gar manche müssen nebenbei arbeiten, um das Schick ihrer Familie an den Klippen vorüberzuführen zu lassen. Damit Verallgemeinerung zu treffen, wäre töricht und schädlich. Man ist ja bei unseren Prinzipalen gern geneigt, solche Einzelfälle zu verallgemeinern.

Somit komme ich zu der Frage: Was wollen wir? Die Frage ist kurz zu beantworten, und zwar erheben wir, solange wir nicht billigeres Lebensmittel und Bedarfsartikel erhalten können, die Forderung, den Tarif an die saarländischen Teuerungsverhältnisse anzupassen!

Saarbrücken. Karl Wilms.

Wie allen „Korr.“-Lesern wohl noch erinnerlich ist, sind ungefähr ein Jahr nach Ausbruch des Krieges, also zu einer Zeit, wo allgemein sichtbar wurde, daß der Situationskampf mit Wilhelmis gepanzerter Faust doch nicht so schnell erledigt werden könnte, als wie die „Edelsten der Nation“ geglaubt und gewünscht hatten, aus verschiedenen Winkeln des Reiches in unsern Organ wiederholt Stimmen laut geworden, die darauf hinwiesen, daß weitaus der größte Teil unserer kriegsgeschlagenen Kollegen es gerade um des Verbandes willen verdient hätte, wenn der Hinterbliebenen eine kleine Hilfe in Form eines möglichen Zuschusses (gedacht als Sterbegeld) von seiten der Organisation gewährt würde. Es war ein markanter Zug traditioneller Buchdruckerart, was hier aus unsern Reihen zum Ausdruck kam, und man durfte trotz der finanziellen Kriebsseite annehmen, daß der Verbandsvorstand geneigt sein werde, diese Frage einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen.

Wir wurden aber eines andern belehrt. In Berlin schickte man den Kopf ob solcher naiven sozialen Umwandlung; man holte die verstaubte Juristenbrille herbei und gab der Kollegenschaft kund und zu wissen, „daß die Organisation doch nicht dazu da sei, um für die Folgen und Schäden einer verkehrten Militär- und Kriegspolitik mit aufzukommen“. Sehr gut gesprochen, wenn man sich eine Ehre daraus macht, wahre gesellschaftliche Größe nicht mit sozialen Großtaten, sondern mit juristischen Grundfragen beweisen zu wollen; sehr unsozial und bürokratisch dagegen von den Führern einer Gewerkschaft, die doch darauf Anspruch erheben, als die Besten unter uns die allerbegabtesten Traditionen unseres Verbandes in jeder Weise hochzuhalten, und darunter versteht ich: sozial bahnbrechend und vorbildlich zu wirken!

Daß man unsre Mitglieder, von denen der „Korr.“ anerkennend herporhob, daß sie zu einem ganz erheblichen Teil auch im selbstbaren Rode nach ihrem Verbands zu dienen und tüchtig bestrebt waren, von dem Tag an, wo sie fern vom grünen Strand der Spree im grauenwollen Ringen ihr Leben opferten, seitens unter obersten Funktionäre als einfach erledigt betrachtete, hat mit Recht allenthalben Befremden erregt und viel böses Blut gemacht. Für die Hinterbliebenen einen möglichen Satz Sterbegeld zu bewilligen, wäre eine Tat sozialer Wohlwollendigkeit an den Männern gewesen, die doch, solange sie konnten, zum Besten der Kräfte für ihre Organisation geworden und gewirkt haben. Ich will nicht bestreiten, daß es einen gewissen Prozentfuß von Helfern in unsern Reihen gibt, die unsern Verbands mehr aus eigennützigem als aus ideellen Gründen angehören; ihn also zu einer reinen Versicherungsanstalt ausgebaut sehen möchten. Solche Egoisten wird es immer geben, es sind Menschen kleinen Formats, und sie bleiben auch klein an Zahl und Einfluß. Dies kann aber im vorliegenden Falle kein Argument für den Verbandsvorstand gewesen sein; und das eventuell zweite Argument, daß der letztere nicht über das Statut hinausgehen kann, ist lebensfremd. Nicht einem einzigen Mitglied wäre es wohl eingeleuchtet, aus der Bereitwilligkeit dazu den obersten Funktionäre eine Salutarverleugung vorzuwerfen, sondern alle auf Körpergeist haltende Mitglieder hätten darin eine soziale Großtat erblickt, die für alle Zeiten als Ehrenblatt in der Geschichte des Verbandes geleuchtet hätte. (Was ist sehr leicht zu sagen. Das Verbandsstatut ist dem Verbandsvorstande zur Ausführung in die Hand gegeben; wenn er daran selbstständig eine Revision vornehmen wollte durch Gewährung finanziell willkürlicher außerstatutarischer Geldmittel, könnte eine scharfe Opposition hervorgerufen werden. Red.)

Der zehnte Generalversammlung wird auch die Aufgabe gestellt werden, zu prüfen, wie weit die Anträge auf Anrechnung der Kriegsdienstwochen als Beitragswochen realisierbar sind. Bei dieser Frage wird vor allem zu erwägen sein, ob man den Mitgliedern, die bei ihrem Eintritt zum Kriegsdienste bereits mehrere Jahre unserm Verband angehört, und die doch alle gegen ihren Willen dem Berufs- und Gesellschaftsleben vorübergehend entzogen wurden, zumuten kann, die daraus entstehenden Nachteile beim eventuellen Bezug irgendeiner Unterstützung allein zu tragen. Darin sind wir uns doch alle einig: Die innere Stärke, die Werkkraft und das Ansehen einer Arbeiterorganisation werden niemals bestimmt durch den Grad der Leistungsfähigkeit ihrer Unterstützungseinrichtungen, sondern sie wurzeln immer noch allein einerseits in der konsequenten Durchsetzung ihrer gebundenen Prinzipien und andererseits — vielleicht noch viel kräftiger — in dem überzeugenden Bewußtsein der Massen, Männer an der Spitze zu besitzen, deren vornehmste Aufgabe es ist, ihre Organisation soweit wie möglich auf die Kulturhöhe eines besseren wahren Menschentums hinaufzuführen.

Hamburg. Joh. Schmidt.

### Zu den die Invalidenunterstützung betreffenden Anträgen

In denselben ist eine Lücke in der Staffelung oder doch Rücksichtslosigkeit, mindestens aber eine Inkonsequenz enthalten. Man hat vergessen, daß es auch Kollegen gibt, deren Steuerwochen weit über 1500 hinausgehen, auf 2500 und noch mehr. In den Vorklagen aber macht man an solchen bei 1000 schon halt, höchstens will man 1500 in Betracht ziehen. (Im Falle der Kriegsteilnehmer möchte man aber lebenswert die Dienstzeit beim Militär anrechnen, und das ergibt im ganzen Reich eine große Zahl Steuerwochen. Gegen diese Hochherzigkeit soll von mir nichts eingewendet werden, wenn nicht auf anderer Seite unberechtigter Ersparnis gemacht wird.)

Ich meine, daß Kollegen, die so seit 40 bis 45 Jahren ununterbrochen Mitglied sind und keine lange Lebenszeit mehr vor sich haben, die Klasse, wo man für 2500 und

mehr Beiträge noch eine neue Staffel mit etwa einer Mark wöchentlich mehr einsetzt, nicht zusammenbrechen machen würde. Beachtet muß doch werden, daß diese alten Leute keine Aussicht haben, sich noch einer Beschäftigung hingeben zu können, um sich besser ernähren, als es so möglich ist.

Auf die Staatsunterstützung zu verweisen und erworbene Rechte, auf die 40 bis 50 Jahre die Hoffnung stand, zu verkommen, während man die gesicherten Steuern kurz für den Streikfonds reklamiert (wie in Düsseldorf), das ist hart fertig, zumal für andre Unterstützungszwecke man volle Hände hat. Früher haben diese Alten keine Anwartschaft, Rechtschutz, Preis-, Tagesvergeltung usw. genossen, sind jedoch aus Idealismus Mitglieber des Verbandes geblieben und haben sich vielerorts, weil sie das waren, auf das Strahlenpflaster setzen lassen. Könnten die Jüngeren nicht wöchentlich 5 Pf. mehr Beitrag für einen solchen guten Zweck aufbringen? Oder heißt es: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan?

Dresden.

M. K.

### Erhöhung des Begräbnisgeldes

Daß die von unserm Verbands gewährten Unterstützungen in allen ihren Zweigen einer Aufbesserung dringend bedürftig sind, ist so selbstverständlich, daß darüber kein Wort zu verlieren ist. Diese zwingende Notwendigkeit wird auch zur Genüge bewiesen durch die große Anzahl von Anträgen, die zur Generalversammlung zu den Vorstandsbeschlüssen gestellt sind. Das richtige Maß hierin zu treffen, ist sicherlich eine schwere Aufgabe, die den Delegierten obliegt. Man wird sich von vornherein damit abzufinden haben, daß nicht alle Wünsche der Antragsteller, die ja teilweise auch zu weitgehend sind, Berücksichtigung finden können.

Auf einen Unterstützungszweig möchte ich aber die Aufmerksamkeit ganz besonders lenken, und das ist das Begräbnisgeld. Das Sterben war ja von jeher schon eine recht teure Sache, heute sind aber die Kosten, die ein Begräbnis erfordert, so gewaltig hohe, daß jede Familie, von einem solchen Trauerfalle betroffen wird, in schwerste Verdrängnis geraten muß. Hier mehr helfend und mitdernd einzutreten, muß sich der Verband unbedingt angelegen sein lassen. Um so mehr, als es sich hierbei um eine Unterstützung handelt, die von jedem Mitglieber, bzw. von seinen Hinterbliebenen, in Anspruch genommen werden muß; von dem einen früher, von dem andern später.

In jeder Lebenslage kann man sich immer noch auf die eine oder die andre Art helfen. Aber wenn der Tod mit rauher Hand zugreift, wenn der Familie der Ernährer entzissen wird, wenn die Familie mit einem Male dem völligen Nichts gegenübersteht und dann noch die gewaltigen Kosten, die das Begräbnis erfordert, aufbringen soll — was dann? Meist ist dem Tod ja auch noch längere oder kürzere Krankheit vorangegangen, die auch schon dazu beigetragen hat, daß geringe Rücklagen, aus solche überhaupt möglich waren, aufgebraucht sind. Nun kommt der Tod selber, und zu all dem feilschen Sammerden er an sich schon mitbringt, stellt sich auch noch das Gespenst grenzenlosen Elends, das den Hinterbliebenen in ihrer traurigen Lage aus allen Ecken ihrer kümmerlichen Proletarierwohnung entgegenruft.

Die Forderung der Sozialdemokratie, die Begräbniskosten auf allgemeine Lasten zu übernehmen, steht ja vorläufig noch auf dem Papier. Es wird wohl sehr lange dauern, ehe sie einmal der Wirklichkeit nähergebracht ist. Deshalb müssen wir selber nach wie vor bemüht sein, wenigstens das größte Elend von den Familien unserer verstorbenen Mitglieder, unsern Mitstreiter im Kampfe des Lebens, abzuwenden.

Es sind ja zu diesem Punkte verschiedene Anträge eingebracht worden, von denen allen mir aber der der Mitgliedschaft Prenslau am zweckmäßigsten und auch durchführbar erscheint. Er verlangt nichts Unmögliches und hält auch das Prinzip von Leistung und Gegenleistung aufrecht. Die mit steigender Beitragszahl immer höher steigenden Unterstützungssätze dürften auch geeignet sein, wankelmütige Mitglieder fester an den Verband zu fesseln. Die Unterstützungseinrichtungen sind ja nicht Hauptzweck unseres Verbandes, aber sie bilden Mittel zum Zweck. Und ein solches Mittel will auch der Antrag Prenslau sein. Deshalb wäre es angebracht, wenn die Mitglieder allgemein ihre Delegierten auch etwas für den in Rede stehenden Antrag Prenslau interessieren.

Prenslau.

C. T.

## □ □ Zur Generalversammlung □ □

### Wird Nürnberg reformieren?

Daß die zehnte Verbandsgeneralversammlung Reformen bringen muß, die zum Teil tiefgreifender Natur sein werden, ist für jeden Buchdrucker, der unser Organisation als einen aus der Zeit herausgewachsenen Wirtschaft- und Kulturfaktor vornehmlich aus ideellen Gründen angeht und ihr vordringend dienen will, wohl unstrittig. Als einem schon immer aufmerksamen Beobachter aller der Stimmungen und Regungen innerhalb unser Mitgliederkreise sei es mir gestattet, hier einmal eine Frage anzuschneiden, die dem Verbandsvorstand, den Gewerkschaften und der „Korr.“-Redaktion zeigen sollen, woran es wesentlich liegt, wenn die Anzufriedenheit eines erheblichen Teiles unsern Kollegen mit der Verbandseleitung Ausdehnung gewinnt. Es beweißt aber einen bedenklichen Mangel an gewerkschaftlicher Reife, wenn man sich als Anzufriedener den Standpunkt zu eigen macht, sich nun abseits zu stellen von aller gewerkschaftlichen Mitarbeit. Kurz und deutlich soll hier nachgewiesen werden, daß bei einem großen Teile der Kollegenschaft die Anzufriedenheit mit der Verbandseleitung nicht auf lobpfeilichem, sondern mehr auf prinzipiellern und ideellen Gebiete liegt.

Nach meiner Ansicht ist die kommende Generalversammlung dazu berufen, leistungsfähig, ob die Haltung des Verbandsvorstandes und eines Teiles der Gewerkschaften den Mitglieðern gegenüber in den letzten Jahren immer sozial und gewerkschaftlich einwandfrei gewesen ist. Daß das Ansehen unser Organisation während der letzten Jahre auch in anderer Hinsicht bei der übrigen Arbeitererschaft nicht gerade zugenommen hat, ist nicht neu. Damit soll aber nicht etwa den „Welterlösern linksradikaler Färbung“ die Volksmühseligkeit ihrer Evangelien zugestanden sein, welche nicht. Die allgemeine Anerkennung solcher Kampfgeister a la Leipziger Opposition müßte ja unsern gewerkschaftlichen Bankrott zur Folge haben.

## □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Berlin. Am 1. Mai begeht Kollege Julius Selzer sein 50jähriges Berufsjubiläum. Er trat am 1. Mai 1870 bei Renländer & Sohn in Altit in die Lehre, ergriff 1876 den Wanderstab, war dann in Alga, Petersburg usw. und seit 1889 in Berlin als Seher tätig. In die Norddeutsche Buchdrucker trat er im Juni 1915 als Korrektor ein. In seinem Ehrentage werden ihm die Kollegen die Glückwünsche in seiner Wohnung, Rheinstadt 43, darbringen. Eine offizielle Feier findet später statt.

Dresden. Das 50jährige Berufsjubiläum begangen am 6. April in voller Tätigkeit der Korrektor Georg Wehner sowie die Seher Alban Kluge und Paul Nahe. Ersterer seit 22 Jahren, die beiden letzteren 34 und 31 Jahre in der Buchdrucker der Dr. Günstschütz (E.-Dresdner Anzeiger) tätig. Am geschmückten Arbeitsplatze wurden die Jubilare durch Gesang und Ansprachen seitens der Arbeitererschaft und der Beamtenerschaft

sowie namens der Geschäftsleitung begrüßt und beglückwünscht und vom verammelten Personal mit Geschenken bedacht. Kollege Baumeister gedachte besonders der Verdienste der Kollegen Rabe und Kluge. Ersterer habe durch sein Eintreten für die Kollegenhaft sowie seine Tätigkeit als früherer Verbandsfunktionär sich Achtung und Freundschaft erworben, während Kollege Kluge noch heute sein Amt als plattischer Druckermeister verleiht und als „Kantor“ und Mitbegründer des seit 1883 bestehenden Dresdner Buchdruckerangehörigenvereins sich in weitesten Kreisen allgemeiner Beliebtheit erfreut.

**r. Hamburg.** Den zweiten Jubilar in diesem Jahre beglückwünschte die Kollegen des „Samburger Echo“ (Muer & Co.) am 3. Mai, und zwar den Seberkollegen Heinrich Edlerherr zu seinem 50jährigen Berufsjubiläum. Der Jubilar war lange Zeit in Amerika, kehrte aber nach Deutschland zurück und ist nun bereits 20 Jahre bei obgenannter Firma beschäftigt. Kollegen Edlerherr entbieten wir herzlichste Glückwünsche und geben der Hoffnung Ausdruck, daß er sich noch recht lange Jahre der besten Gesundheit erfreuen möge.

**Hannover.** Sein 50jähriges Berufsjubiläum feiert am 1. Mai Kollege Peter Tiffgen. Der Jubilar, der bei der Firma „Hannoverscher Anzeiger“ konditioniert und bei dieser im Herbst 1919 auch sein 25jähriges Arbeitsjubiläum gefeiert hat, ist geborener Koblenzer, arbeitete als Junger Gehilfe in Bad Ems und kam nach längerer Wanderjahre nach Hannover, wo er eine bleibende Stelle fand. Er erfreut sich beweiandwerter körperlicher und geistiger Rüstigkeit, welche Eigenschaften ihm noch lange Jahre freu bleiben mögen.

**München. (Maschinenmeisterverein.)** Am 13. Februar fand eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung statt, um Stellung zu den von der Zentralkommission vorliegenden Anträgen auf Abänderung der Sonderbestimmungen zu nehmen. Nach einem Referat des Vorsitzenden, der darauf hinwies, daß infolge der technischen Umwälzungen einerseits und der durch den Krieg hervorgerufenen Mißstände andererseits bei der Tarifrevision Fragen von eminenter Bedeutung gerade für die Maschinenmeister gelöst werden müssen, trat die Versammlung in die Behandlung der vorliegenden Anträge ein. Nach eingehender Debatte wurden diese nach Anhörung einer Ergänzungsbestimmung einstimmig angenommen. Als unbedingt notwendig wurde vor allem die Gleichstellung der Lehrlingskassa der Drucker mit der der Seher gefordert, nicht doch die Zahl der arbeitslosen Drucker gegenüber den Sehern hier am Ort im Verhältnis wie 3 zu 1. Eine einige Tage vorher abgehaltene Versammlung der Kassationsmaschinenmeister hatte im gleichen Sinne beschlossen. Zur Frage der Funktionszulagen erstellte Gehilfenvertreter Semmerich Bericht über die Behandlung dieser Frage bei der letzten Tarifauschüßung. Die Münchner Maschinenmeister sehen nach wie vor dem Standpunkte, daß ihre Forderung auf Funktionszulagen durch die erorbitante Steigerung der Preise für Arbeitskleidung und vor allem für Werkzeug vollaus gerechtfertigt ist.

**Neudamm.** In organisatorischer Beziehung hatte unser Druckerort in den letzten Monaten einen guten Aufschwung zu verzeichnen. Der Ortsverein zählt zur Zeit 128 Mitglieder, der größere Teil davon steht bei der Firma G. Neumann. Am 1. Februar erhielt unser Druckerort 10 Proz. Lokalschlag, was in Anbetracht der schweren Not der Zeit und der bisherigen 2 1/2 Proz. freudig aufgenommen wurde. Im allgemeinen wird den tariflichen Bestimmungen Genüge getan. Am 20. Februar konnten wir unsern Gauvorsitzer B. Hannack (Stellm.) wieder einmal in unser Mitte begrüßen. Er hatte es übernommen, uns über das von den Parteien sehr umstrittene Betriebsrätegesetz einen Vortrag zu halten. Die Kollegen waren fast vollständig erschienen, außerdem auf Einladung das Karfell, die örtlichen Vorstände der hier vertretenen Verbände sowie die Arbeitsausschüsse sämtlicher hiesiger Betriebe, so daß der Saal des „Gewerkschaftshauses“ mit annähernd 400 Personen besetzt war. Das gut durchdachte Referat fand allgemeine Zustimmung und wird den Zuhörern hoffentlich für ihre demnächstige Praxis vielfach gute Dienste leisten. Zum Schluß fand noch eine Ansprache statt, an der sich auch die Vertreter der Kaufmänner und der Fabrikarbeiter beteiligten. Nachdem der Vorsitzende dem bei uns gern gesehenen Kollegen Hannack noch den Dank für seine interessanten Ausführungen im Namen aller Anwesenden ausgesprochen hatte, fand in den unteren Räumen des „Gewerkschaftshauses“ eine Buchdruckerzusammenkunft aller derjenigen Kollegen statt, die noch „etwas Besonderes“ auf dem Herzen hatten, was ja immer der Fall, wenn der Gehilfenvertreter kurz vor Tarifberatungen unter den Mitglieðern weilt.

**Neustadt (Orla).** Am 8. Februar versammelten sich die hier in Kondition stehenden Kollegen zwecks Gründung eines Ortsvereins. Von insgesamt 13 am Orte befindlichen Kollegen (davon sind drei nicht organisiert und zwei arbeiten in anderen Berufen) waren acht erschienen. Da bereits vorher alles Erforderliche beim Bezirksvorstand in Gera veranlaßt worden war, so fand der Gründung nichts im Wege. Als Vorsitzender wurde Kollege Blauhöfer und als Kassierer Kollege Süßer gewählt. Neustadt gehörte bisher dem Ortsvereine Pöbneck an. Möge der junge Verein sich kräftig entwickeln.

**Saarbrücken. (Situationsbericht.)** Im Kampf ums Dasein löste sich das elende Ich der saarbrückischen Kollegenhaft im letzten halben Jahre besonders scharf aus. Als internationale Schlichterbehörde immer mehr in eine wirtschaftliche Zwangsacke gepreßt, auf Vor- und Rücksicht mit deutscher und französischer Zollgrenze hoforiert, hat das Saargebiet den zweifelhafte Ruhm, als eines der teuersten

Wälder zu gelten. So hat denn die Prinzipalität bereits im November des vergangenen Jahres auf dem Verhandlungswege dem Notstande der Gehilfenhaft durch Bewilligung einer Beschäftigungsbefreiung von 250 bis 400 Mth. zu steuern versucht, was aber bei der heutigen Preisentwicklung leider nur eine momentane Stille bedeutete. Bereits am 5. Februar haben erneute, wenn auch ergebnislose Verhandlungen stattgefunden, was seinen Grund in der damaligen Einberufung des Tarifauschusses hatte. Schließlich bewilligte die Prinzipalität doch nachträglich ab 15. Februar eine Sonderzulage von 50 Mth. wöchentlich. Die beantragten Sonderbestimmungen für das Saarland wurden seitens des Tarifauschusses nicht erledigt wegen der herrschenden Differenzierung der Aufstellungen der Parteien über die finanzielle Besserstellung der Gehilfenhaft und den dadurch bedingten Abbruch der Verhandlungen. So beschloß sich das Kreisamt des Kreises II in Köln in seiner Sitzung am 31. März u. a. auch mit dieser für die Saarhollegenchaft wichtigen Frage. Am 3. April ersetzte der Gehilfenvertreter des hiesigen Schlichterzweites, Kollege Guntendorf, der Kollegenchaft Bericht über die Kreisamtslösung, deren Resultat im „Korr.“ Nr. 49 bereits veröffentlicht worden ist. Eigenartig berührte jedoch die Art und Weise, wie die Prinzipalität es für richtig fand, ihrem Vertreter in den Rücken zu fallen. Während er in verständnisvoller Auffassung und bestimmt in ursprünglichem Einverständnis seiner Kollegen selbst für die durchaus berechtigten Wünsche der Gehilfenhaft eintrat, hielt man es nach seiner bereits erfolgten Abreise für nötig, eine „Einkorrekturen“ abzuhaken. Man erklärte dem Kreisamtsrat per Brief, daß man keinen Plan mehr haben werde, als der Schlichterpruch befolgt, und daß eine reifliche Ausrechnung der Sonderzulage zu erfolgen hätte, obwohl die Sonderzulage wie die Sätze des Schlichterpruchs längst gezahlt wurden. Der Prinzipalitätsvertreter wie auch die Kreisamtslösung selbst zeigten denn auch recht wenig Verständnis für den „Einkorrekturbedeuten“ und gingen nach Kenntnisnahme zur Tagesordnung über. Von der Kollegenchaft wurde in einer diesbezüglichen, einstimmig angenommenen Resolution behauptet der Standpunkt der Prinzipalität bebauert und betont, daß die Gehilfenhaft im Weigerungsalte mit allen zu Gebote stehenden Mitteln das Zugespörene zu erreichen bestrebt sein werde. In einer zweiten Resolution erklärte die Gehilfenchaft ihr Einverständnis mit dem gefaßten Beschlusse des Kreisamts, wenn auch Stimmen laut wurden, die es nicht verstehen konnten, daß die Sonderzulage auf die Stundenlöhne nicht in Anrechnung kommen soll.

**Bezirksverein Saarbrücken. (Warnung.)** Einigen zweifelhaften Firmen unseres Bezirkes gelang es fortwährend, Arbeitskräfte aus dem befestigten und unbefestigten Gebiet anzulocken. In den meisten Fällen sind jüngere Kollegen die Opfer, die es veräumen, Auskunft einzuziehen. Die Schuld an dieser verwerflichen Handlungsweise fällt auf die nicht genügend aufgeklärten Kollegen zurück, die den Schaden eventuell selbst zu tragen haben. Im Interesse der gemeinlichen Ordnung stellt sich der Bezirksvorstand veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß der Antritt einer Kondition beim Gauortstand Erkundigungen einzuziehen sind. Die Firma „Merziger Zeitung“ ist in steter Verlegenheit mit ihrem Personal und auch sonst sind einzelne kleine Druckerorte abseits des Verkehrs nicht ganz einwandfrei. Vöbne bis zur Hälfte dollen, was gewerbetüchlich, sind dort an der Tagesordnung, ganz abgesehen von der Wohnungs- und Verpflegungsnot.

### □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

**Offene Stellen für kriegsbeschädigte Buchdrucker**  
In Königsberg können vier kriegsbeschädigte Buchdrucker Aufnahme finden, und zwar je einer als Lohnrechner, Korrektor, Formabsteher und Leisträumer. Bewerbungen sind zu richten an das Kreisamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.

**Außerordentliche Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins.** Wie schon in voriger Nummer erwähnt, will der Deutsche Buchdruckerverein vor der nächsten Tarifauschüßung eine außerordentliche Hauptversammlung abhalten. In Nr. 17 der „Zeitschrift“ vom 23. April wird nun diese Tagung durch offizielle Bekanntmachung für Donnerstag, den 6. Mai, und eventuell Freitag, den 7. Mai, nach Leipzig („Gutenbergsalle“ im Deutschen Buchgewerbehaus) einberufen. Die Tagesordnung ist sehr umfangreich und enthält neben den üblichen rein geschäftlichen Punkten, wie Bericht über die Reichstättigkeit, Abnahme der Jahresrechnung, Aufstellung des Voranschlags für 1921 und Festsetzung der Mitgliederbeiträge, folgende Punkte, die für das Verhältnis zwischen Arbeiterchaft und Unternehmerium im deutschen Buchdruckergerwerbe von besonderer Bedeutung sind: 4. Bericht über den Fonds für besondere Zwecke, 6. Stellungnahme zu den Vordängen auf dem Tarifgebiet und zu den bevorstehenden Sitzungen des Tarifauschusses, 7. Aussprache über die Serbellehrung einer geeigneten Vertretung der Provinzialdruckerorte bei den Tarifauschüßungen, 8. Beschlußfassung über eine den Herren Abgeordneten zugehende Vorlage, das Lohn- und Preisarbeitsgebiet betreffend, und 9. Beschlußfassung über die Anerkennung des Reichstarifs für das deutsche Buchdruckergerwerbe bzw. für das in den Druckerbuchbindereien beschäftigte männliche und weibliche Personal.

**Buchdrucker in öffentlichen Diensten.** In Syke bei Bremen wurde Kollege Hermann Döbbeling als Schöffe berufen.

**Meisterprüfung.** Vor der Handwerkskammer in Halle a. d. S. fanden die Kollegen Bernhard Viebau und Hermann Stißlich aus Volkfeld die Meisterprüfung ab.

**Berlebs-ergelbnisse.** Einen Reingewinn von 1567742 Mark, gegen 923205 Mth. im Jahre vorher, erzielte die „Deutsche Tageszeitung“ in Berlin, und zwar nach 378412 Mth. Abschreibungen. — Die Metallindustriehilfs-Vereinigung in Berlin verzeichnet für das abgelaufene Geschäftsjahr einen Reingewinn von 653939 Mth. nach 554655 Mth. Abschreibungen; die Dividende wurde auf 12 Proz. festgesetzt, um 4 Proz. höher als im vorhergehenden Jahre. — Die Universitätsdrucker E. Eßler & Co. in Würzburg verzeichnet für das letzte Geschäftsjahr einen Reingewinn von 160692 Mth., woraus 5 Proz. Dividende bezahlt werden.

**„Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund“ — „Deutscher Gewerkschaftsbund“ — „Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter- und Angestelltenverbände“.** In Berichten der Tagespresse wurden während der letzten großen politischen und sozialen Kämpfe die verschiedenen deutschen gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen verwechselt. Insbesondere traf dies für deren oberste Zentralinstanzen zu. Zur Information unserer Leser, wie auch zur Verhütung von weiteren Verwechslungen in der Öffentlichkeit bringen wir nachstehend die verschiedenen Hauptbenennungen der Gewerkschaftszentralen zur Kenntnis: Der „Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund“ umschließt alle freien Gewerkschaften Deutschlands, ihm sind also auch unter Verband, der Verband der Holzgraphen und Eisenarbeiter, der Buchbinderverband sowie der Hilfsarbeiterverband angeschlossen. Die frühere Generalkommission der freien Gewerkschaften Deutschlands bildet heute den Bundesvorstand; die frühere Konferenz der Verbandsvorstände heute dessen Bundesauschuss und der Gewerkschaftsvereine dessen Bundestag. Die Vorsitzenden des Bundesvorstandes sind Legien, Grafmann und Cöhen; offizielles Organ ist das „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“, dessen Redakteur Paul Umbreit. — Der „Deutsche Gewerkschaftsbund“ umschließt alle mehr oder weniger konfessionell gerichteten Gewerkschaften, also die sogenannten christlichen Gewerkschaften oder Verbände; seine Hauptgruppen sind die Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, der Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften und der Gesamtverband Deutscher Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften. Der Vorsitzende dieses Bundes ist Stegerwald. — Der „Gewerkschaftsring“ umschließt die mehr oder weniger „national“ gerichteten Arbeiter- und Angestelltenverbände; seine Hauptgruppen sind: der Verband der Deutschen Werkvereine (Strich-Drucker), der Allgemeine Eisenbahnerverband, der Verein der Deutschen Kaufleute zu Berlin und der Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig.

**Neue Differenzen der Ärzte mit den Krankenkassen.** Der Beirat des Deutschen Ärzteverbandes beschloß, gemeinsam mit dem Gesundheitsausschusse mit den Krankenkassenverbänden unerschütterlich über die Neuordnung der kassenärztlichen Begehungen auf Grund der durch die Verordnung vom 1. April 1920 neu geschaffenen Lage in Verhandlung zu treten und die kassenärztlichen Organisations sowie die Kassenzulassung zu veranlassen, alsbald von den bisherigen Kassenzulassungen gemäß § 626 BGB. zurückzutreten. Innerhalbliche Bedingung für die Neuordnung sei die grundsätzliche Zulassung jedes vertragsfähigen Arztes zur kassenärztlichen Tätigkeit und eine Bezahlung, die den Zeits- und Teuerungsverhältnissen gerecht wird, den Einnahmemöglichkeiten der Krankenkassen entspricht und den Ärzten endlich ihre wirtschaftliche Existenz ermöglicht. Die Verhandlungen mit den Kassenzulassungen sollen spätestens bis zum 1. Juni d. J. beendet sein. Der Vorstand des Ärzteverbandes wurde beauftragt, den kassenärztlichen Organisations und den Kassenzulassungen für die Zwischenzeit Anweisungen zu geben, in welcher Form bis dahin die kassenärztliche Tätigkeit auszuüben ist, und für den Fall, daß die zentralen Verhandlungen nicht zu einem annehmbaren Ergebnisse führen, die Mittel der Selbsthilfe vorzubereiten und den vertragslosen Zustand für das ganze Reich zu verklären. Sollten die Kassenzulassungen dazu übergehen, wie in früheren Klümpen die berechtigten Begehungen der organisierten Ärzteschaft zu durchkreuzen, so werden die ärztlichen Organisations vor den kassenärztlichen Mittel nicht zurücktreten. Wir sind demgegenüber nach wie vor der Meinung, daß nur die Verfaaktung der gesamten ärztlichen Tätigkeit das beste Mittel zur Befriedigung dieser Differenzen sein kann.

**Zeitgemäße Abänderungen des Gewerbegerichts-gesetzes und des Gesetzes für Kaufmannsgerichte.** Das Reichsarbeitsministerium hat einen Entwurf zur Abänderung gesetzlicher Vorchriften für Gewerbe- und Kaufmannsgerichte dem Reichsrat zur Genehmigung unterbreitet. Der Entwurf bezweckt die Möglichkeit von Neuwahlen zu den Beisitzern der Gewerbegerichte, der Kaufmannsgerichte und der Simungsschiedsgerichte zu eröffnen. Zu diesem Zwecke will der Entwurf die während des Krieges angeordnete Verlängerung der Amtsdauer der Beisitzer mit dem 10. Juli 1920 zum Ablaufe bringen. Gleichzeitg wird in dem Entwurfe die Abänderung verschiedener Bestimmungen der genannten Gesetze vorgeschlagen, die den so völlig veränderten Verhältnissen nicht mehr entsprechen. Zunächst soll die Höchstgrenze des Jahresarbeitsverdienstes, die für die Abgrenzung des diesem Gesetz unterfallenden Personenkreises maßgebend ist und im Gewerbegerichts-gesetz 2000, im Kaufmannsgerichtsgesetz 5000 Mth. beträgt, gleichmäßig auf 15000 Mth. erhöht werden. Weiter ist für jedes Gesetz die Heraussetzung der Berufungssumme auf 1000 Mth. (von 100 Mth. im Gewerbegerichts-gesetz und von 300 Mth. im Kaufmannsgerichts-gesetz) sowie die Heraussetzung des Wahlberechtigungsalters von fünfundsiebenzig auf zwanzig Jahre

in Aussicht genommen. Die Frauen sollen das aktive Wahlrecht für die Beisitzerwahlen erhalten. Die Verhältniswahl der Beisitzer der Gewergerichte soll zwingend vorgeliebt werden. Für die erstmaligen Wahlen nach Beendigung des Kriegszustandes sollen die Bestimmungen außer Kraft gelassen werden, wonach der Empfang und die Nichterfüllung von Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln der Wählbarkeit zum Beisitzer entgegensteht und andererseits eine mindestens zweijährige Dauer des Wohnens, der Sandesniederlassung oder der Beschäftigung für die Wählbarkeit erfordert wird. Alle diese Veränderungen sollen jedoch nur ein Provisorium bilden, da die Regelung aller grundsätzlichen Fragen in der Rechtsprechung und Zusammenfassung dieser Gerichte einem völlig neuen, den Selbstverhältnissen gründlich angepaßten Arbeitsgerichtsgefesee vorbehalten sein soll, dessen Entwurf gleichfalls im Reichsarbeitsministerium ausgearbeitet wird.

**Nachrichten für Auswanderer.** Der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (Grote Gewerkschaften) herausgegebene „Gewerkschaftliche Nachrichtenblatt“ berichtet, daß das Deutsche Auslandsamt in Stuttgart die kostenlose Auskunftserteilung an alle Auswanderungslustigen übernommen hat. Seine Auswandererberatungsstelle gibt unentgeltlich Auskunft in allen Auswanderungsfragen, über alle Auswanderungsänder der Erde, über deren amtliche Vertretungen im Reich, Einreise- und Passbestimmungen, Schiffahrtswege und Valutaverhältnisse sowie über die Aussichten für jeden Beruf im Auslande. Vermittelt ihrer zahlreichen Vertrauensmänner im In- und Auslande vermag sie über Vorzüge und Nachteile des Anschlusses an Auswandererereinigungen und Siedlungsgesellschaften zu raten. Ausgearbeitete Lichtbilder, Karten und eine Ausstellung der verschiedenen Landprodukte stehen zur Verfügung zur Verfügung. Alles was der Auswanderer vor der Ausreise wissen muß, kann er beim Deutschen Auslandsamt erfahren. Vor Annahme fester Stellen und Abschlus von Verträgen empfiehlt es sich für männliche wie für weibliche Auswanderer dringend, die Auskunftsstelle zu Rate zu ziehen.

**Briefkasten**

**P. M. in G.:** Angelegentlich ist Verbandsvorstand überlesen. **A. T. in B.:** Dankend zur Kenntnis genommen; hatten uns schon

über Ausbleiben gemeldet. **W. D. in P.:** Mit bestem Danke vernommen. **S. B. in A.:** Wenn diese Nummer eintrifft, wird sich Wunsch hoffentlich schon erfüllt haben. **D. C. in R.:** Ihre neuerliche Einleitung ist auch ein Zeugnis dafür, daß Sie und andere an das von gemilten Einleitungen mehrern ausgehende Gerber der „Kor.“ nehme von expellierten Kollegen nichts auf, nicht glücken. **W. S. in B.:** Das vorstehend Befolge gilt auch für Sie. **G. E. in B.:** Kommt wie die vorausgehend gedachten Einleitungen sobald als möglich zur Veröffentlichung. **W. in A.:** Die Unterbringung der Gewerkschaften wird erwirkt, je länger sie sind; wir geben aber zu, daß ohne wichtigen Veränderungen von zweiwöchiger Dauer größeren Raum beanpruchen. **P. A. in D.:** 1. Man kann es nachhaken, daß die den Bergarbeitern zuzuführen bevorstehende in a.-em Bereich aufstrebend wirkt auf die übrigen Arbeiter, für die nichts da sein soll und der auch noch stark abwehrt. Aber Verwendung kann im Augenblicke noch nichts gesagt werden. 2. Werden mit B. da über Ip.ehen. **A. W. in S.:** Stann nur mit Änderungen aufgenommen werden. **W. B. in R.:** Wie vorstehend. „Nichts freiden!“ Kann das jemand heute im Ernst fordern, wo doch auf ganz beschränktem Räume der Rücksicht einer revolutionären Epoche sich abspie an soll? Mehr Rücksicht auf andere, das fordern wir und sehen das nötigenfalls durch Abtragungen durch. **S. B. in Münster 1. P.:** Gracisch Weislaad“ in Münster, T. D. Seelstr. 69, 3 S. — **S. M. 43533:** Diese Frage kann wenige Tage vor dem 1. Mai nicht mehr erfolgreich geklärt werden. Sie ist übrigens nicht neu und bei mehr ihren Platz, auch sehr beachtliche Abgrenzungen. **G. C. in A. b. S.:** Ihre Einleitung läßt sich nicht verwerten, weil darin jede Unterlage für eine sachliche Erklärung der gerügt n Ablehnung fehlt. Wenn schon der Vorstand oder Vertrauensmann der betreffenden Mitgliederschaft keine Veranlassung hat, sich dieserhalb an die Öffentlichkeit zu wenden, so kann dies uns nur zu doppelter Voracht machen. **M. E. in G.:** Wenden Sie sich an den für Ihren Bezirk zuständigen Gewerkschaftsleiter; in den Abänderungen des Deutschen Buchdruckerlohn von 1912 (Grille veränderte Ausgabe), die durch das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker in Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, für 40 Pf. zu beziehen sind, finden übrigens solche Fragen ebenfalls ausreichende Beantwortung. **A. G. in K.:** 2,80 Mk.

**Geilborben**

**In Angerburg (Npr.)** am 3. April der Gelehrte Adolf Günther 38 Jahre alt — Mitleid und Beileid erbeten.  
**In Ansbach** am 16. März der Geherrnwolde Martin Wagner aus Cennfeld, 60 Jahre alt — Schlaganfall; am 1. April der Gelehrte Wilhelm Daniel aus Ansbach, 66 Jahre alt — Schlaganfall.  
**In Berlin** am 1. März der Gelehrte Julius Hoffenwälder von dort, 36 Jahre alt — Grippe und Lungenentzündung; am 2. März der Geherrnwolde Gustav Kallisch aus St. H. 38 Jahre alt — Lungenentzündung; am 11. März der Drucker Alfred Weber aus R. Dorf, 23 Jahre alt — Grippe; am demselben Tage der Gelehrte Edwin Krause aus Wlitz, 69 Jahre alt — Bruchhantusion und Herzschwäche; ferner der Gelehrte Georg Paul aus Rankwitz, 29 Jahre alt — Lungenentzündung; am 15. März der Gelehrte Emil Braun aus Siet in, 49 Jahre alt — Gallenstein und Magenleiden; an demselben Tage der Gelehrte Emil Rasche aus Berlin, 25 Jahre alt —

Herzschlag; am 16. März der Gelehrte Hugo Müller aus Neuhil, 42 Jahre alt — Lungenentzündung; am 17. März der Gelehrte Emil Sachan aus Brehmen, 47 Jahre alt — Schlaganfall; am 20. März der Gelehrte Erich Wiedner aus Ze. im, 76 Jahre alt — Anginalschmerz durch Coronarstenose; am 22. März der Gelehrte Julius Böhler aus H. eroda, 63 Jahre alt — Blutergießung; am 23. März der Drucker Invalide Hermann Kröschke aus Braunschw. 65 Jahre alt — Bauchschmerz; am 24. März der Gelehrte Felix Wende aus Tenzig, 42 Jahre alt — Lungenentzündung; am 25. März der Gelehrte Invalide Emil Neumann aus Berlin, 62 Jahre alt — Gehirnerschlagung.  
**In Barmen** am 5. April der Gelehrte Carl Sondershausen, 48 Jahre alt — Grippe.  
**In Braunschweig** am 5. April der Drucker Emil Milkendorf, 52 Jahre alt.

**Verbandsnachrichten**

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißplatz 511.  
 Fernsprecher: Wml Kurfürst, Nr. 1191.

**Gau Württemberg.** (Generalversammlungs-Belegstellenwahl). Abgegeben 2756 Stimmen, 8 we h und 8 unglücklich; absolute Mehrheit 1371. Es erblieben Stimmen: Gollhoff 516 in (Stuttgart) 2516, 5 Ulrich Gassbrenner (Altm) 2132, Ernst Richter (Wormheim) 1998, Karl Brandt (Oberrudorf) 1931, Wilhelm Kasper (Eutingen) 1813, Theodor Schröter (Eutingen) 1804, Paul Müller (Reutlingen) 1671, Friedrich Reinhardt (Heilbronn) 1420, Friedrich Koblach 1302, Emil Frank 1205, Paul Berger 1153, August Geisler 1052, Gustav Schreiber 747, Wilhelm Ehle 652.

**Adressenveränderungen**

**Gau Mittelrhein.** Gauvorsteher: Friedrich Conradi, Mannheim, U 2, 9 p. Alle für den Gau Mittelrhein bestimmten Zuschriften in verpackungstechnischen und Klassenangelegenheiten sind an vorstehende Adresse zu richten.  
 Gek. Vorstehender: Wilhelm Ohmeyer, Gartenstraße.

**Zur Aufnahme gemeldet**

(Anwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigemalte Adresse).  
**Gau Thüringen** der Gelehrte Paul Wendland, geb. in Grefenbagen (Himmern) 1895, ausgel. dal, 1913; war schon Mitglied. — Emil Prox in Weimar, B. rüchstraße 2a.  
**Gau Württemberg** der Gelehrte Paul Kallier, geb. in Besselsheim, war schon Mitglied. — G. Klein in Stuttgart, Neustadtstraße 54.

**Versammlungskalender**

Berlin. Maschinenfehrversammlung Sonntag, den 2. Mai, vormittags 10 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Dhmstraße 2. Oberseid. Versammlung Donnerstag, den 29. April, abends 7 1/2 Uhr, im Bekale R. feler, Wilhelmstraße.

**Motivenshaft „Typograph“** Serie 3, neuße Ausgabe. Innerlichvollständiger Wegweiser und Ratgeber bei Herstellung von zeitgemäßen Druckarbeiten. In Rtl. 5,50 Mk. bei Borelin, Machn. 6. Mh. G. Wienands, Graph. Verlag, Bonn a. Rh., Rosental 42.

**Mehrere Typographen für Russisch** (Modell A) in dauernde Stellung gesucht. [226] Spamerische Buchdrucker, Leipzig.

**Maschinenmeister** verschiebter, erstklassiger Illustrations- und Farbendrucker (selbst) zu baldigem Eintritt gesucht. Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen erbeten. [206] Serz & No., Kunstanstalt, Nürnberg.

Für unsere Werkdrucker suchen wir einen wirklich selbständigen, auf Gebüchdruck (Schrift und Platin) eingearbeiteten

**Maschinenmeister** zum möglichst baldigen Eintritt. Angebote mit Zeugnisabschriften und Lohnforderungen erbiten. [271] Buzon & Bercker, G. m. b. H., Verlagsbuchhandlung und Buchdrucker, Nevelaar (Rhld.).

**Illustrations- und Farbendrucker, 1. Kraft** zugleich an Verfarbentratonsmaschine tüchtig, tüchtiger, selbständiger Arbeiter, guter Maschinenkennner, an Universal- und Druckapparat firm, sucht sofort Stellung. Angebote sind zu richten an [265] G. Köhler, Brandenburg a. d. S., Wilhelmstraße 10 I.

**Tüchtige Mechaniker** mit Erfahrung in Schriftgleichmaschinen-Fabrikation für Monotypieform-Reparaturen gesucht. [269] Technk, Berlin NO 43, Kellstraße 39.

**Junger, zwanzigjähriger, strebsamer** **Wkzidenzsetzer** in ungehindigter Stellung, möchte sich nach auswäris verändern. Schriftschreiber und Setzer. Angebote unter Nr. 241 an die Geschäftsstelle d. Bl. e. beten.

**Norwegen!** Ich bin beauftragt, für den Ende April freizubehenden Posten als alleiniger Maschinenmeister — neben einem eingearbeiteten St.-Arbeiter und zwei Anlegern — in unsere Druckerei e. lung (achtstellige Frankenhater Rotation, eine Schnellpresse, ein Ziegel) einen nicht zu jungen, an E. aubertlich gewöhnten, charaktervollen und zuverlässigen [242]

**Maschinenmeister** für Rotation und Flachdruck zu möglichst baldigem Eintritt zu angelernter, Verbindung: Verbandsmitglied. Wegen Wohnung: nur: rbel. alef. Wochenlohn 110 Rtl. Reisebeliste. Angebote von Kollegen, die neben ihrem Fachwissen auch im privaten und gesellschaftlichen Verkehr Anstand und lahtvolles Auftreten besitzen, erbeten an: Schriftmaschinen-Abteilungsleiter Georg Wlitz, Stefflanlund St. (Norweg.), Marstrandsgatan.

**Korrekter gesucht!** Bewerben besten Dank. Stelle nummehr besetzt. [277] „Nalberstädter Tageblatt“.

Soeben ausgearbeitet, in allen Sacharten bewandert [259] **Wkzidenzsetzer** sucht sofort oder 1. Mal in Berlin oder Vororten Stellung. Angebote an Hans Künze, Berlin O 34, Alster Straße 8.

**Junger, tüchtiger Typographen** B und U...guter Maschinenkennner, welcher eventuell auch am Malen ausbitt, sucht Stellung. Angebote an Max Seidel, Zeutenrods, [264] Schleichhausweg 21.

**Buchdrucksachmann** im Sach und Druck durchaus selbständig, tüchtiger Kalkulator und Disponent, zur Zeit Leiter einer mittleren Wkzidenzdrucker, sucht Stellung als Faktor, Meleur oder sonstigen Vertrauensposten in Stuttgart oder Umgegend. Offerten unter Nr. 260 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**Junger, strebsamer Maschinenmeister** bewandert in Wkzidenz-, Verz- und besseren Druckarbeiten, sucht sofort oder spä er Stellung. Egel wohin! Gest. n ebote an Franz Buge, Wolkstieß bei Rudolstadt 1. Thür. [255]

**Junger Maschinenmeister** im Illustrations-, Verz- und Wkzidenzdruck sowie WZ. erfahren, sucht baldig Stellung. Angebote unter O. S. 275 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**Junger, in Sach und Druck gleich bewandert, an selbständiges Arbeiten gewöhnter,** **Schweizerdegen** sucht bis zum 1. eventuell 15. Juni Stellung, in der ihm zum weiteren Vorwärtstreten Gelegenheit geboten ist. Freie Angebote unter Nr. 261 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**Seltener Kriegsgefangenenzeitungen Fliegerabwirke usw.** zu kaufen gesucht. [276] Ingenieur W. K. H. K. W. K., Bonn.

**Typographiemaschinen** erstklassig usw. repariert schnellstens und sorgfältig [172] Carl Hermann, Leipzig-Connewitz, Wiedemannstraße 27.

**Die Zurichtung** von Schrift-, Platten- und Bilderformen. Mit 3 Papiermustern für die Zurichtung Preis 90 Pf. Verlag des D. V. d. D. S. GmbH Leipzig, Salomonstraße 8 III. Ppffschkestraße, Leipzig 53430.

**Musikinstrumente** aller Art hervorraGende Güte Max Dörfel, Klingenthal i. S. Preisliste frei

**Maschinenband** Friedensqualität, liefern [67] Bezner & Moll, Saffeldorf, Graß-Woll-Str. 112.

**Stoffe** liefert gut und preiswert [267] Wilhelm Schwelblich, Tuchfabrik, Spremberg (R.-U.) Nr. 2. Verlangen Sie Muster.

**Ich zahle 3 Mk. monatlich** und bestelle bei C. S. Otto & Co., Berlin-Nichterfelde, Marlitts 10 Wände blühende Ausgabe Anzeile mit Adresse einfinden.

**Diplome** für Verbands- und Arbeitspublik., e. edemhäftiger für Opfer des Krieges empfiehlt A. Siegl. München 9.

Einzahlungen an den „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ auf Postfachkonto Leipzig Nr. 61328

Am 21. April verstarb nach längerem Leiden unser verehrter Chef, der Königl. Hofbuchdrucker **Louis Schellenberg** Wir verlieren in dem Entschlafenen einen uns stets wohlwollenden und gerechten Prinzipal, dessen Andenken wir allzeit treu in Ehren halten werden. [274] Die Verbandskollegen der L. Schellenberg'schen Hofbuchdrucker (Verlag des „Wesbaderer Tageblatt“).

Am 15. April verstarb nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Drucker **Hermann Schurath** im 53. Lebensjahre. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Ortsverein Kötthen.

Ein traglicher Tod setzte am 20. April dem Erdboden unsern Kollegen **Emil Kempinski** geboren am 27. November 1853 zu Danzig, ein Ziel. Dem Leben stets die hellere Seite abgewinnend, verstand es unser „Kemp“, als alter Verbandskollege durch sein lebensvolles Wesen und charaktervolles Auftreten die Sympathie und Achtung aller seiner Mitarbeiter zu erwerben. Möge sich ihm die Erde als wohlverdienter Ruhebel ausschließen! Ein dauerndes fraues Gedenken bewahrt ihm

Die Kollegenchaft der Union Deutsche Verlagsgesellschaft Zweig Niederlassung Berlin.

Anlieb verpakt! Am 20. Februar verstarb im Alter von 24 Jahren unser lieber Kollege, der Maschinenmeister **Willi Nebeling** an der Kötthener Grippe. [268] Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Vereit Berliner Buchdruckmaschinenfehr.

# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 45 — Leipzig, den 27. April 1920

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

## Gautag Ostpreußen

Am Vorabend des Osterfestes, Sonnabend, den 3. April, beginnend abends 7 Uhr, und am ersten Osterfesttage fand nach lebensjähriger Pause in Königsberg die 32. Generalversammlung des Gaues Ostpreußen statt, die mit einer Gedächtnisfeier des fünfzigjährigen Bestehens des Gaues verbunden war. Erschienen waren 44 Delegierte aus der Provinz und 31 aus Königsberg; außerdem Vertreter der Organisationen der Lithographen und Stein-drucker, der Buchbinder sowie der Druckerhilfsarbeiter. Vom Nachbargau Westpreußen konnten wir den Gauvorsitzer Fango begrüßen, der von Danzig nach Königsberg eine beschwerliche Wasserfahrt zu überwinden gehabt hatte.

Nach den von der „Typographia“ schwungvoll vorgetragenen Chören „Am Volkstage“ von F. Wagner und „Gutenbrot“ von P. Franz hieß Gauvorsitzer Reischer die Erschienenen herzlich willkommen. Als Vertreter des Ortsvereins Königsberg begrüßte Kollege R. Hannemann die auswärtigen Delegierten und wünschte den Verhandlungen einen würdigen Verlauf. Nach Feststellung der Präsenz übertrug Kollege Fango Grätze und Wünsche des Gaues Westpreußen, der Hoffnung Ausdruck gehend, daß wir bald wieder einer mit besserem Geist erfüllten Zeit entgegengehen möchten.

Kollege Reischer gedachte Johann in warmempfindenden Worten der im Felde gefallenen Kollegen und der Letzt der letzten Sitzung mit Tod abgegangen Kollegen des Gauvereins, insbesondere unseres Gaukassiers Osterode, des Schrifters Ortsvereinsfunktionärs M. Kenkewitz sowie des Ehrenvorsitzenden R. Wahl, die lange Jahre hindurch im Interesse der Gesamtheit gewirkt haben. Auch widmete er dem Andenken der Verstorbenen der Gesamtorganisation, dem langjährigen Vorstandsvorsitzenden Böblin sowie den Kollegen Dominé (Frankfurt a. M.), Dreier (Hamburg), Große (Chemnitz), Müller (Söhl), Schöredt (Elsen) und Steinbrück (Dresden) ehrende Worte der Anerkennung. Der Sängerkorps beschloß den Weibeakt mit dem Liede: „Über allen Wipfeln ist Ruh“.

Allen gedruckt vorliegenden Tätigkeitsberichte des Gauvorstandes ist u. a. zu entnehmen, daß für die Angehörigen der im Felde gefallenen Kollegen Unterstützung in Höhe von 1800 Mk. gewährt wurde. Das Vermögen der Gaukasse betrug Ende 1919 30636,06 Mk. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt.

Mit besonderem Interesse wurde der Bericht des Kollegen Reischer über die organisatorische und tarifliche Lage des Gaues entgegengenommen, aus dem hervorgeht, daß die Ausbreitung und Vertiefung des gewerkschaftlichen Gedankens gebührende Fortschritte gemacht und das Verständnis unter den Kollegen für die Notwendigkeit eines engeren Zusammenstehens beständig zugenommen habe, was auch daraus hervorgeht, daß die Zahl der Ortsvereine von 6 auf 14 und die Mitgliederzahl von 731 im Jahre 1913 auf etwa 1000 Ende 1919 gestiegen ist. Er kam weiter auf den agitatorischen Wert der Bezirksversammlungen zu sprechen, auf die gehaltenen Vorträge und beschreibenden Veranstaltungen, die das Wissen der Mitglieder bereichern und ihre Urteilskraft stärken gegenüber Fragen, die täglich an den einzelnen herantraten. Auch die fachtechnischen Vorträge haben breiteren Boden gewonnen, was zu Neugründungen von Fachvereinigungen geführt hat, die im Anschluß an den Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker eine lebhafte Tätigkeit entfalten. In bezug auf die tarifliche Lage des Gaues kann die erfreuliche Tatsache registriert werden, daß sich eine Anzahl Firmen neu der Tarifgemeinschaft angeschlossen und daß die Erfüllung der tariflichen Verpflichtungen den Gehilfen gegenüber überall ohne besondere Schwierigkeiten vor sich ging. Nur die beiden letzten Steuererzeugnisse stießen etwas auf Widerstand. Entsprechende Beurteilung fand die absehende Stellungnahme der Prinzipale im Tarifauschusse gegenüber den äußerst berechtigten materiellen Forderungen der Gehilfen. Auch die Nichtanerkennung des vom Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedspruches über die letzten Steuererzeugnisse fand gebührende Kritik. Anerkennend gedachte Kollege Reischer der Funktionäre der Ortsvereine sowie der Sparten, die den Gauvorstand in seinen Bemühungen bereitwillig unterstütz haben. Das Verhältnis zu den übrigen Gewerkschaften, zu denen wir bei Behandlung gemeinsamer Angelegenheiten in höhere Stellung traten, war ein gutes. Mit dem Wunsche, daß die Vereinsarbeit weiser eifrig gefördert und zum Besten der Gesamtheit reiche Früchte tragen möchte, schloß der Referent seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

In der anschließenden Aussprache wurde die unterschiedliche Behandlung der verheirateten und unverheirateten Kollegen bei Festlegung der Steuererzeugnisse als ein schon oft bemängelter Mißstand bezeichnet. Man müsse weiter unbedingt danach streben, für das heute so außerordentlich komplizierte Lohnsystem eine einfachere Form zu finden, um den immer wiederkehrenden mißverständlichen Mißfassungen bei Auslegung der Beschlüsse vorzubeugen.

Kollege Schäfer (Eiffel) fand anerkennende Worte für die vom Gauvorstand geleistete Arbeit und gedachte ins-

besondere der unermüdeten und erprießlichen Tätigkeit des Kollegen Reischer.

Der Antrag des Ortsvereins Königsberg: „Die gegenläufig der Auslandsbewegung vom Gau geliehene 4000 Mk. sind auf die Gaukasse zu übernehmen“, fand nach eingehender Aussprache gegen eine Stimme Erledigung. Ebenso wurde das dem Ortsverein Allenstein gegebene Darlehn (zur Deckung eines Fälschungsabfalls) in Höhe von 500 Mk. vorläufig auf die Gaukasse übernommen.

Den weiteren Verhandlungen voraus ging am ersten Osterfesttage eine Gedächtnisfeier zur Erinnerung an das fünfzigjährige Bestehen des Gaues. Zum Willkommen der in großer Zahl erschienenen Kollegen pendelte mit herzlichem Ruf und Liebe die Sängerkorps der „Typographia“ den Mozartschen Chor: „O Schutzgeist alles Schönen“, der in stimmungsvoller Weise hinüberleitete zu der Festrede des Kollegen Reischer. Nach Begrüßung der Erschienenen gab Redner in großzügiger Weise ein Bild der historischen Entwicklung des Gaues; er gedachte der Gründer, die aus der Zeit politischer Zerrissenheit und Verwirrung für ihre wirtschaftliche Existenz die Anwendung zogen, sich enger zusammenzuschließen, um auf die gewerblichen Verhältnisse einen für sie nachdringenden Einfluß ausüben zu können. Den Spuren der Geschicke des Gaues folgend, ließ Redner die einzelnen Entwicklungsphasen an unserm Auge vorüberziehen, dabei der tatkräftigen Männer gedenken, denen die Führung des Gaues anvertraut gewesen, wie Stein auf Stein zusammengefügt zu dem gefestigten Bau, unter dessen Schutze wir uns zusammengefunden zur Veraltung ernster Lebensfragen.

Während sich an einem Tage wie dem heutigen unsere Wälder auf die stolze Organisation lenken, so führte der Redner weiter aus, wünsche er dem Gau Ostpreußen für die freie Fahrt den guten Geist der Eintracht, den trohen Mut des guten Rechtes und stets das gute Vollenbringen zum Wohle der Gesamtheit. Lebhafter Beifall folgte den vorfreudigen Ausführungen.

In der Weiterberatung der Tagesordnung stand als wichtigster Verhandlungsgegenstand die Anstellung eines besoldeten Gauverwalters zur Besprechung. Hierzu gab Kollege Reischer einige Erläuterungen, indem er die prinzipielle und die materielle Seite der Vorlage in einfacher Weise beleuchtete. Obwohl jedoch der Gauvorstand die Notwendigkeit eines besoldeten Verwalters als durchaus gegeben erachtete, konnte sich doch entgegenstehender finanzieller Bedenken nicht verschließen. Während nun die Freunde der Vorlage in kluger Voraussicht die prinzipielle Seite, den agitatorischen Wert und die sozialen Gesichtspunkte, in den Vordergrund stellten, ohne auf die finanziellen Bedenken Rücksicht zu nehmen, hielten die Gegner des Antrags den augenblicklichen Zeitpunkt für ungeeignet, da die politischen und wirtschaftlichen unklaren Verhältnisse sowie die territorialen Verwicklungen in unserer Provinz zu einer abwartenden Stellungnahme nötigen, auch sei das finanzielle Objekt nicht zu überwinden. In namentlicher Abstimmung erklärten sich 40 Kollegen dafür und 34 dagegen, so daß die statutarische Zweidrittelmehrheit noch nicht erreicht wurde. Somit bleibt die Erledigung der vielumstrittenen Vorlage einer späteren Zeit vorbehalten.

Ein Antrag des Gauvorstandes: „Die Leitung und Verwaltung des Gaues geschieht durch einen aus fünf Personen bestehenden Vorstand, und zwar einem Vorsteher, Kassierer, Schriftführer und zwei Beisitzern“, wurde ohne Debatte angenommen.

Ein weiterer Antrag, im Statut zu streichen: „Fabrik-entschädigung vierter Klasse für die am Gautage teilnehmenden Mitglieder“, fand dahin Erledigung, daß es dem Gauvorstand überlassen bleibt, die Bestimmung den Verhältnissen entsprechend zu handhaben.

Die Anträge der Ortsvereine Königsberg und Eiffel auf Neuregelung der Delegiertenzahl wurden in Verbindung mit dem Antrage Königsberg auf Bildung von Bezirksvereinen verhandelt. Der Gründung von Bezirksvereinen wurde nach längerer Aussprache zugestimmt. Ebenso wurde ein Antrag, daß jeder Bezirk auf 25 Mitglieder und auf überschüssige 10 Mitglieder einen Delegierten zum Gautage zu wählen habe, einstimmig angenommen.

Der Antrag des Ortsvereins Eiffel: „Erhöhung des Sterbebeihilfes aus der Gaukasse: Bei 250 Beiträgen von 25 auf 50 Mk., bei 500 Beiträgen von 50 auf 100 Mk., bei 750 Beiträgen von 100 auf 150 Mk.“, wurde angenommen. Ein weiterer Antrag des Ortsvereins Eiffel auf Gründung einer Gauwittwenkasse wurde nach kurzer Aussprache zurückgezogen. Dagegen wurde der Antrag: „Vor jeder ordentlichen Generalversammlung des Verbandes ist rechtzeitig ein Gautag einzuberufen“, mit großer Mehrheit angenommen.

Die Forderung, daß der Kreisvorort des Tarifkreises XII von Danzig nach Königsberg verlegt werden soll, wurde als berechtigt anerkannt.

Einem weiteren Antrage, daß in sämtlichen geeigneten Ortsvereinen des Gaues Lehrvereinigungen in Form fester Organisationen zu bilden sind, wurde grundsätzlich zugestimmt.

Sodann erfolgte die einstimmige Wiederwahl des Kollegen Reischer als Vorsteher und des Kollegen Krause als Kassierer.

Bei der Nominierung von Kandidaten zur Generalversammlung des Verbandes entspann sich eine lebhafte Debatte mit dem Resultat, daß die Kollegen Reischer, Eitel, Hannemann, Wässel (Königsberg), Szage (Eiffel), Nowakowski (Allenstein) auf die Vorkassiersliste gewählt werden sollen. Zu wählen sind zwei Delegierte.

Der Gaubeitrag bleibt unverändert für den nächsten Gautage wurde Eiffel bestimmt. Die Renumerationen für den Gauvorsitzer und Kassierer werden auf je 1500 Mk., rückwirkend für das letzte Geschäftsjahr, erhöht.

Unter Punkt „Offene Fragen“ nahm Kollege Wolff (Königsberg) Veranlassung, für die Spartenbewegung der Maschinenmeister bei den Provinzialkollegen Interesse zu erwecken und empfahl den Anschluß an die Spartenvereinigungen.

Nach Erledigung einiger Anfragen über die Auslegung des Betriebsrätegesetzes betreffend Kündigungsgrecht usw. sowie tariflicher Angelegenheiten sprach Kollege Hannemann dem Gauvorstande für seine Mithewaltung Dank aus.

Nach einem kräftigen Schlussworte des Kollegen Reischer, in dem er dem Wunsch Ausdruck gab, daß die vom Geiste der Einmütigkeit getragenen Verhandlungen und die gefassten Beschlüsse zum Wohle der Kollegenchaft beitragen möchten, wurde die würdige verlaufene Sitzung am ersten Festtage nachmittags 5 Uhr mit einem begehrten aufgenommenen Koch auf den Verband geschlossen.

Nach Schluß der Verhandlungen hatte die „Typographia“ zu ihrem 57. Stiftungsfeste nach dem „Alten Schützenhaus“ eingeladen, das gegen Abend mit fremden und heimischen Gästen bis auf den letzten Platz gefüllt war. In bunter Folge wechselten die musikalischen, gefanglichen und humoristischen Darbietungen, die zuvorkommenden und willigen Beifall fanden.

Den Gautag beschloß am zweiten Festtage ein Frischschoppen mit Damen. Hier war es wieder unsere „Typographia“ sowie unsere neugeborene Buchdruckerkapelle, die mit ihren lustigen Weisen zum Vergnügen des Ganzen beigetragen haben. Auch der Dichter der beiden „Gemeinsamen“ (O. Schäfer und Klepütz) sei lobend gedacht.

Kr.

## Das Buchgewerbe im Auslande

**Österreich.** Nachdem am 1. April in Wien Beratungen stattgefunden hatten, trafen am 15. April in Lins Vertreter der Unternehmerorganisationen des graphischen Gewerbes und des Graphischen Kartells zu erneuten Verhandlungen zwecks Erhöhung der Lohnauflagen zusammen. Aber den Ausgang der Beratungen wurde uns bis zur Stunde noch nichts bekannt.

Wie wir dem Wiener „Vorwärts“ entnehmen, mehren sich die Fälle, in denen von der Gehilfenchaft Kammerlager von Papier aufgefordert werden. Die zum Teil als Arbeiterräte tätigen Kollegen sind schon auf so manchen Schlupfwinkel der Papierfabriken und -händler gekommen. Es ist kaum glaublich, wo überall Papier versteckt ist, in welcher ungeheuren Menge und wer alles an dem einträglichen Geschäft des Welterlebens der Waren beteiligt ist. Die Wiener Kollegen werden im Verbandsorgan eindringlich darauf aufmerksam gemacht, Wahrnehmungen über Vorräte (nicht Vermutungen) dem Kriegswucheramt in Wien zur Anzeige zu bringen.

Die Arbeitslosigkeit der Buchdruckergehilfen Wiens wies am 1. April folgenden Stand auf: 312 Seher, 67 Drucker, 2 Kleber.

**Jugoslawien.** Unter dem Titel „Graficki Radnik“ erscheint seit 31. März in Belgrad ein neues Buchdruckerfachblatt. Das viersellige, in Folioformat gehaltene Blatt ist in serbischer und kroatischer Sprache geschrieben. Es verkörpert das Verbandsorgan der graphischen Arbeiter in Silibawien. Als Redakteur zeichnet Kollege Dragan Marjanovic verantwortlich. Den Inhalt der ersten Nummer bildet ein feierlicher Aufruf in serbischer Sprache (Serbischalletern) an die jugoslawische typographische Arbeiterchaft und eine Kongressresolution, dann in kroatischer Sprache der Beginn eines längeren Protokolls eines Anfang Februar abgehaltenen Kongresses, in Serbisch eine längere Mitteilung des jüngsten bosnischen Tarifs sowie vermischte Nachrichten; ferner, wieder kroatisch, ein umfangreiches Statut eines Verbandes graphischer Arbeiter.

Aber die jugoslawische Einheitsorganisation entnehmen wir der ersten Nummer der vom Internationalen Buchdruckersekretariat in Bern herausgegebenen „Mitteilungen“, die in Zukunft jedes Vierteljahr erscheinen sollen, einige allgemeininteressierende Angaben. Dem auf einem Kongress in Sarajewo gegründeten neuen Verband der Buchdruckervereine in Jugoslawien gehören folgende Vereine an: Typographenverein Serbiens mit 535 Mitgliedern; Typographenverein für Bosnien und Herzegowina mit 311 Mitgliedern; Dalmatinischer Buchdruckerverein (vorher Teil des österreichischen Verbandes) mit 98 Mitgliedern;

Zusammenverein für Montenegro mit 36 Mitgliedern; sieben Ortsvereine des vorher ungarischen Buchdruckervereins (in Banovo, Brac, Sombor, Subotica, Bedereh, Siskinda und Novi Sad) mit insgesamt 288 Mitgliedern. Der Einfluß des kroatischen Typographenvereins in den Verband der graphischen Arbeiter in Jugoslawien ist bis zum Abschluß noch schwebender Verhandlungen verblieben worden, ebenso der Anschluß des früher zum österreichischen Verbande gehörigen kroatischen Buchdruckervereins. Die Einheitsorganisation der graphischen Arbeiter in Jugoslawien hat sich nach dem Muster der großen europäischen Verbände gebildet, sie besitzt einen Zentralvorstand mit dem Sitz in Belgrad und Bezirksverbände. Der Zentralvorstand besteht aus acht Mitgliedern: je zwei Kollegen aus Serbien, aus Bosnien-Herzegowina, aus Dalmatien und aus dem bisher ungarischen Gebiet. Alle drei Monate findet eine Sitzung statt. Das Sekretariat des Verbandes besteht aus einem ständigen Sekretär, einem provisorisch angestellten zweiten Sekretär und den zwei in Belgrad wohnenden Mitgliedern des Zentralvorstandes. Am Sitze der Zentrale ist ferner eine Ausschusskommission zur Beratung und zur Finanzkontrolle des Hauptverbandes gewählt. Die Wochenbeiträge sind wie folgt festgesetzt: Die qualifizierten Arbeiter bezahlen 2 Dinars für die eigentlichen Unterhaltungsbeiträge und 3 Dinars für den Kampffonds, zusammen 5 Dinars; das Hilfspersonal bezahlt nichts für die Unterhaltungsbeiträge, entrichtet aber den vollen Beitrag von 3 Dinars für den Kampffonds. Deswegen hat das Hilfspersonal auch wie die qualifizierten Arbeiter den vollen Beitrag zu zahlen. Das Unterhaltungsweien ist vielfach ausgebaut. Zurzeit sind Mitglieder in Gegenleistung lebender Verbände haben dieselben Rechte wie die eigenen Mitglieder und erhalten, wenn sie in irgendeinem gegenseitigen Verbande Wochenbeiträge gesammelt haben: Reiseunterstützung nach 6 Beiträgen, Krankenunterstützung nach 13 Beiträgen, Konditionslosenunterstützung nach 52 Beiträgen in einem gegenseitigen Vereine und 26 Beiträge im Bereiche des jugoslawischen Verbandes. Ohne jedwede Karenzzeit werden das Sterbegeld sowie die Witwen- und Waisenunterstützung ausbezahlt an die Nachkommen gegenseitiger Mitglieder, die vor ihrem Hinscheiden in Kondition standen im Gebiete des Verbandes der graphischen Arbeiter in Jugoslawien.

Schweiz. Wenn das Sprichwort wahr ist: „Was lange währt, wird endlich gut“, so müssen die für diesen Monat vorgelegenen Beratungen des Berufsausschusses außerordentlich günstig für die Gehilfen ausfallen. Denn wahrhaftig lange genug hat es gedauert, bis endlich einmal eine solche Sitzung zustande kam; mit allerlei Ausschüßungen lachten die Prinzipale dies zu hinterschieben, bis dem Zentralkomitee der Gebäudeden röh. Ein Lohnausgleich für die seit dem letzten Abkommen auf neue eingeleitete Steuerung und eine Neuklassifizierung der verschiedenen Druckorte drängten sich aber nach und nach geheimer auf. Bis eine Lohnverbesserung zustande kommt, ist sie jedesmal schon wieder aufgewogen von neuen Preissteigerungen. Anlaufbarlich steigen die Preise, die Mieten, die Steuern usw., vom berühmten, längst verprochenen Preisabbau ist keine Rede. Das Bureau des Einigungsamts hatte für die Tagung des Berufsausschusses folgende Tagesordnung aufgestellt: 1. Beschlußfassung über die Aufhebung oder die Verlängerung des Verbots der Anstellung neuer Druckerlehrlinge; 2. Einzelliche Regelung der Entschädigung für die Lehrlinge; 3. Neuordnung der Löhne und der Arbeitsklausel; 4. Erhöhung der Entschädigung der Avertstunden; 5. Regelung der Ferien; 6. Freigabe des 1. Mai. Das Zentralkomitee des Typographenbundes stellte entsprechend den aus den Schritten eingeleiteten Forderungen folgende fünf Anträge: 1. Erhöhung der Entschädigung der Avertstunden, und zwar zum mindesten Anpassung an die Bestimmungen des Fabrikgesetzes; 2. Erhöhung der Lohnsätze für die Druckerklasse D um 10 Fr. und dementsprechende Erhöhung und Einreihung der übrigen Druckorte in eine andere Kategorie unter Berücksichtigung der Wohnungs- und Lebensmittelpreise; 3. Regelung der Ferien; Antrag: Jeder Gehilfe erhält nach einer Anstellung von einem Jahre sechs Tage, nach fünf Jahren neun Tage und nach zehn Jahren zwölf Tage Ferien; 4. Freigabe des 1. Mai; 5. Die Entschädigung der Lehrlinge ist einheitlich zu ordnen, und zwar im Sinn einer Erhöhung der bisherigen Entschädigung. Zur Durchsetzung der Gehilfenforderungen wird es harter Arbeit für die Gehilfenvertreter bedürfen. Aber das Resultat der Verhandlungen werden wir berichten.

Norwegen. Der Landestarif für Norwegen, der auch die Hilfsarbeiter umfaßt, ist vom 1. April 1920 ab unverändert verlängert worden. Es konnte nicht einmal eine Aufbesserung des Lohnes erzielt werden. — Im Rahmen des Druckervereins Kristiania hat sich ein Verein der jungen Radikalen gebildet, der außerordentlich aktiv ist und neulich bei der Wahl der Vertreter zur Arbeiterpartei fast alle Sitze eroberte. Die Frage der Betriebsräte wird eifrig diskutiert; es bestehen auch solche schon in verschiedenen Betrieben.

Polen. Im Buchdruckgewerbe der ehemals preussischen Provinzen Polen und Westpreußen sind seit der Liquidation des Weltkriegs einschneidende Veränderungen eingetreten, und zwar ausschließlich zugunsten der Polen. Während früher die Deutschen die unbedingte Führung im Buchdruckgewerbe hatten und die deutschen Druckereien genügend beschäftigt wurden, ist es jetzt anders geworden. So manche deutsche Zeitung ist schon eingegangen; die Kreisblätter, die meist mit einer polnischen Zeitung verbunden waren, sind ebenfalls in der Zahl ziemlich zusammengekrumpft. Deutsche Druckereien werden jetzt öfter zum Verkauf ausgesetzt, sofern sie nicht unter

der Hand in polnischen Besitz übergeben. Die bedeutenden Aufträge seitens der verschiedenen Behörden sind den deutschen Druckereien durch die Verkleinerung der Landesgrenzen verloren gegangen. Diese Aufträge kommen nunmehr ausschließlich den polnischen Druckereien zugute, die damit zu überladen sind, daß sie diese nur zu einem geringen Teile bewältigen können. Die Schwierigkeiten werden durch den empfindlichen Papiermangel noch besonders gesteigert, außerdem herrscht in den polnischen Druckereien ein großer Mangel an technischem Personal. Was die deutschen Druckereien an Aufträgen und Abonnenten verlieren, gewinnen die polnischen und noch darüber hinaus. Seit der Revolution sind mindestens zehn neue polnische Tageszeitungen entstanden. Aus allen diesen Gründen macht sich eine Abwanderung polnischer Kollegen aus Deutschland und Österreich sowie den andern Ländern bemerkbar.

Der polnische Gehilfenverein in Polen riefte vor einigen Wochen an die Prinzipale ein Gesuch um Bewilligung weiterer Steuererhöhungen. Bis jetzt lachten die Prinzipale der Forderung auszuweichen und sie verwies die Gehilfen darauf, das Ministerium zur Vermittlung anzurufen. Dieser Weg scheint jedoch zur Zeit nicht gangbar zu sein, und die Gehilfen haben infolgedessen der Prinzipale ein Ultimatum gestellt. Die Preise aller Bedarfsartikel befinden sich seit einigen Wochen in starker Steigerung. Auch das Zeitungspapier wird rasend teuer. Es droht in Polen fast eine Krise auszubrechen des Papiers wegen. Die Zeitungen haben unlängst bekannt, daß von jetzt ab ein Waggon Papier (aus Kongreppolen bezogen) 100 000 Mk. kostet. Die deutschen Zeitungen erscheinen nur noch zweifach, zeitweise vierfach; es muß sogar mit vorübergehender Einstellung ihres Erscheinens gerechnet werden. Der Preis der lebensspaltigen Anzeigenzelle beträgt bis zu 2 Mk.

Rußland. Das literarische, somit auch das geistige Leben Rußlands ist in letzter Zeit auf den Nullpunkt gesunken. Der Papiermangel hat sich schon längst zu einer Katastrophe ausgewachsen. Bücher und Broschüren werden überhaupt nicht gedruckt, außer wenn sie amtlichen Charakter tragen. Der Mangel an besseren Farben ist ebenfalls sehr groß; ist es doch vorgekommen, daß aus diesem Grunde sogar die Rollenpressen längere Zeit ruhen mußten. Die Provinzialstädte sind fast ganz von Zeitungen entblößt. Die breite Öffentlichkeit weiß überhaupt nicht, was in der Provinz geschieht, gleichsam, als ob diese gar nicht existierte. Nur von Moskau oder Petersburg aus vertritt sich manchmal eine Zeitungszentrale in die Provinz. Die Sorge um Brot und Brennholz macht den geistigen Sungen wenig läßbar. Die beiden Hauptstädte kommen für Zeitungen, fast ausschließlich in Betracht. Die dort erscheinenden Blätter werden selbstverständlich nur im bolschewistischen Sinne redigiert, denn solche mit abweichender politischer Meinung werden nicht geduldet. Kürzlich veröffentlichte die Bolschewiki die Auflagesziffern ihrer Hauptorgane für November 1919. Danach betrug die Auflage der „Prawda“ („Wahrheit“) 150 000, der „Krasnaja Gaseta“ („Rote Zeitung“) 180 000, der „Derewjenskaja Kommuna“ („Dorfgemeinde“) 65 000, des amtlichen Regierungsorgans „Iswjestija“ („Nachrichten“) 53 000 Exemplare. Selbstverständlich ist die Gesamtauflage der bolschewistischen Presse nicht annähernd so groß, wie die der Zeitungen aus der zaristischen Zeit.

Parteilosigkeit sind die Buchdrucker anscheinend größtenteils in der menschenwürdigen (gemäßigen) Arbeiterpartei organisiert, denn auf dem letzten Allrussischen Gewerkschaftskongress waren von 21 Buchdruckerdelegationen 11 kommunistisch, 7 parteilos und 3 bolschewistisch. Die gesamte Kongreßdelegation bestand aus 52 Proz. Kommunisten, 41 Proz. Parteiloosen und 7 Proz. Menschewisten — ein Beweis, daß in den Gewerkschaften die Bolschewisten wenig zu sagen hätten, wenn sie nicht mit terroristischen Mitteln arbeiteten.

Durch die Unterdrückung der freien Meinung sind die Schriftsteller nicht nur in die ärgste Notlage, sondern auch in schwere Wissenskonflikte geraten. Durch diese Geißel konnten viele die Eigenart ihres Geistes nicht ausschöpfen, da sie der bolschewistischen Weltanschauung fremd gegenüberstanden, haben sie einfach die Kammer ihres Geistes zugemacht und den Beruf an den Nagel gehängt. Die übrigen Schriftsteller fanden den Interakt in den Kommisariaten für Volksaufklärung, für Kunst und Wissenschaft, im Nachrichtenwesen, in der Bibliothek usw. Die für die Sowjetpresse fähigen Schriftsteller werden nach folgendem Zeilenarif honoriert: Rubriknachrichten 1,50—2,70 Rubel, Zeitgedichte 3—5 Rubel, künstlerische Gedichte 5—9 Rubel, ferner werden pro Seite gezahlt: für Redigierung 450—750 Rubel, für Übersetzung 900—1500 Rubel, für selbständige Geisteserzeugnisse 1500 bis 2700 Rubel. Für Buchdrucker und Schriftsteller werden erst dann bessere Verhältnisse eintreten, wenn die Freiheit der Meinung wiederhergestellt sein wird.

Großbritannien. Der Beschäftigungsstand im englischen Buchgewerbe ist im allgemeinen sehr günstig, insbesondere in London. Die Arbeitslosigkeit ist unbedeutend. Immerhin bleibt die ungeheure Steigerung der Papierpreise das größte Hindernis für die gewerbliche Entwicklung. Mit dem Steigen des Papiers auf 50 Pf. Sterl. pro Tonne und mehr ist die Zukunft der kleinen und mittleren Druckereien stark bedroht. Das beunruhigt naturgemäß die Gesellschaft sehr, zumal auch sonst der neue Aufschwung des Wirtschaftslebens in England nur sehr langsam voranschreitet. Die Kosten für Lebensmittel, Mieten, Steuern usw. steigen immer höher. Infolgedessen wird der Verbandsvorstand noch vor dem 1. Juli der Prinzipale neue Lohnforderungen unterbreiten. Dem Provinzialverbande schlossen sich im Vorjahre mehr als 3000 neue Mitglieder an.

In englischen Gewerkschaftskreisen, auch bei den Buchdruckern, macht sich eine deutliche zunehmende Tendenz für die Akkordearbeit bemerkbar. Zwei Ursachen sind dafür maßgebend. Von den Prinzipalen wird hingewiesen auf den Rückgang der Produktion und auf die Schwierigkeit der Beschaffung von Zeilmaschinen (besonders Linotypes), die jetzt zum Teil aus Amerika bezogen werden müssen. Auf Gehilfenseite vertritt man sich weit höherem Lohn bei weiterer Einführung des Berechnens. Dieser verleiht jedoch das Statut des Buchdruckerverbandes den Weg. Vor zwei Jahren hat nämlich eine Generalversammlung in Wales die Verbreitung des Akkordearbeitsystems streng verboten. Gegen jenen Beschluß wird jetzt in Mitgliederkreisen, namentlich von Maschinenferrieste, Sturm gelaufen, um ihn zu Falle zu bringen.

Einem Gerüchte zufolge kandidiert Kollege Taylor, der Sekretär der Londoner Sehergehilfschaft, bei den nächsten Parlamentswahlen in Watwood, um im Falle seiner Wahl die Interessen der Arbeiter nachdrücklicher vertreten zu können.

Amerika. Aus einer von „Publisher Weekly“ bei den führenden amerikanischen Verlegern veranlaßten Umfrage über die Steigerung der Herstellungskosten geht hervor, daß jene Kosten für die belletristische Produktion von 1918 auf 1920 um 67 Proz. gestiegen sind. Dabei waren bereits im Jahre 1917 infolge Amerikas Eintritt in den Krieg die Herstellungskosten stark in die Höhe gegangen. Die Preissteigerung für einen Durchschnittsromanband war für 1920 um rund 50 Proz. höher als für 1919, und der Höhepunkt ist allem Anschein nach noch nicht erreicht.

Brafilien. Von einem Kollegen Alvin Walker in Rio de Janeiro, Rua General Camara 139, der sich im übrigen zu jeder Auskunft an Auswanderungslustige gern bereit erklärt, ging uns vor kurzem folgende Warnung an deutsche Kollegen zu: Mehrere Buchdruckerbetriebe versuchen seit einiger Zeit, in Deutschland Seher und Drucker nach Brafilien zu engagieren. Um die Kollegen vor Schäden zu bewahren, diene ihnen folgendes zur Kenntnis: Der Höchsthohn in Rio de Janeiro beträgt 8 Dollar pro Tag. Die Arbeitszeit beträgt acht Stunden. Infolge der vielen Feiertage kommt man höchstens auf 22 Arbeitstage pro Monat. Ein leeres Zimmer kostet monatlich 35—50 Doll. (häufig ohne Fenster). Ein Mittag- oder Abendessen kostet 1,5 Doll. Die Druckerere sind fast alle ohne Luft und Licht, so daß stets bei elektrischer Beleuchtung gearbeitet werden muß. In Sao Paulo beträgt der Höchsthohn 7,5 Doll., die Arbeitszeit 8 1/2 Stunden. In allen andern Städten ist der Lohn noch niedriger, die Arbeitszeit ist dort eine neun- bis zehnstündige. Gehehlischer Arbeiterschutz existiert überhaupt nicht, der Arbeiter ist vollständig dem Willkür des Unternehmers verfallen.

Niederländisch-Indien. Vor kurzer Zeit kesselte der Sarekat-Isam-Gachbund in Niederländisch-Indien im Namen der Druckerarbeiter an die Prinzipale Forderungen, die diese kurzweg ablehnten. Wie nunmehr unter holländischen Bruderorgan „Grafsch Weekblad“ mittels, ist das gesamte Personal der Zeitung „Locomotief“ in Semarang auf Java in den Ausland getreten. Daraufhin wollten die andern Prinzipale der bedrängten Zeitung zu Hilfe eilen, doch verweigerten die Seher das an sie gerichtete Ansinnen, Streikbrecherdienste zu leisten. Da die Unternehmer auf ihrer Forderung bestanden, trafen die Arbeiter in den Ausland. Der Streik umfaßt annähernd 1000 Personen. Auf Verhandlungen mit den „revolutionären“ Vertretern der Arbeiterchaft ließen sich die Prinzipale nicht ein. Die Zeitung „Locomotief“ erschien bloß zwei Seiten stark. Über den Streik selbst schreibt das erwähnte Blatt folgendes: „Der Sarekat-Isam-Gachbund dekretierte den Streik und richtete danach quasi einen Typographenbund auf. Die Arbeiter selbst sind ja nur Marionetten und stehen unter dem Terrorismus dieses Sarekat-Isam-Gachbundes. Auf dem letzten Kongress dieser Gewerkschaftszentrale in Sjabaja hat es sich deutlich herausgestellt, daß diese Zentrale eine absolut revolutionäre Organisation ist. Wir anerkennen deshalb weder die Organisation noch ihre Vertreter.“ Daß die malaiischen und chinesischen Kollegen auch ein wenig besser leben wollen und sich nicht mehr als Aulus behandeln lassen, darüber schreiben diese europäischen Wegbahner und ihre Presse kein Sterbenswörtchen. Die europäischen Gehilfen bringen aber diesen geknechteten Profetarier ihre vollste Sympathie entgegen und wünschen ihnen den besten Erfolg. Die Prinzipale haben die ganze Macht auf ihrer Seite. Bewaffnete Polizei patrouilliert den ganzen Tag über bei den Druckereien, und der Vorhänger der Sehervereine in Westevreden, Kollege Arga, ist verhaftet worden. Wie verlaufen fordern die Arbeiter eine Lohnverbesserung im Ausmaße von 25 Proz. sowie eine dreimonatige Gratifikation.

## Verschiedene Eingänge

Schülerarbeiten der Schulwerkstätte für Buchdruck an der Industrie- und Gewerbeschule in Bangen. (Okt. 1919/20.) Die in dieser Sammlung vereinigten Schülerarbeiten mögen sowohl dem Lehrcräfte wie den Schülern alle Ehre.  
Vorh. Böhmen, Kattowitz, 1920. Der vorliegende dritte Jahrgang des norddeutschen Buchdruckerhandbuchs hat viel Ähnlichkeit mit dem deutschen Buchdruckerhandbuche als praktisches Fachbuch. Die technische Ausstattung ist in Schrift wie Druck eine ausgezeichnete, läßt sogar deutlich erkennen, daß die bei uns landesüblich gewordenen schlechten Farben- und Papierverhältnisse unter norddeutschen Kollegen weit weniger zur Geltung kamen. Der Inhalt zeichnet sich neben einem reichhaltigen und spendenden Materialum aus, a. durch fachwissenschaftliche Aufsätze über Stil und Gestaltung im Buchdruck, Preisberechnung, Normale, Vorrichtungsregeln für gutes Drucken und gutes Halten beim Gebändern, für Maschinenferrieste, Mieten und über Lithographie usw. Herausgegeben wurde der Jahrbuch von der Typographischen Fachvereinsung in Birtkanta.